Magazin tierrechte Ausgabe 3/2017

tierrechte

Bundestagswahl 2017: Die Tiere brauchen einen Wechsel

Zentrale Tierschutz-Projekte – das planen die Parteien

Interview: Mit politischen Kampagnen die Ausbeutung beenden

Zukunft der Ernährung: Viva Las Vegans!

Menschen für Tierrechte
Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.

Inhalt

Tierschutzpolitik der großen Koalition: Leerlauf für die Tiere 4
Viel Gerede, wenig Ergebnisse, so lässt sich die Tierschutzarbeit der schwarz-roten Bundesregierung seit 2013 charakterisieren. Einen Tierschutzaufschwung hat es nicht gegeben.

Systemwechsel: Die Positionen der Parteien 6
Ob es um die landwirtschaftliche Tierhaltung geht oder um die Tierversuche, für den Bundesverband ist eine wirkliche Weiterentwicklung nur über einen Systemwechsel zu erreichen. Dazu haben wir die Parteien befragt.

Mit politischen Kampagnen die Ausbeutung beenden 12
Bernd Ladwig, Professor für politische Theorie in Berlin, berichtet im Interview über unsere Verantwortung gegenüber Tieren und über politisch harte Nüsse bei der anstehenden Bundestagswahl.

Viva Las Vegans! 14
Invitro-Fleisch, Ei auf Hefebasis – in den USA kann man die Zukunft unserer Ernährung schon jetzt erleben. Unsere Autorin hat sich in Las Vegas auf vegane Spurensuche gemacht – und kann Erstaunliches berichten.

Tierschutz – das planen die Parteien 7

Zentrale Tierschutz-Projekte – das antworten die Parteien 9

Was soll der neue Bundestag für den Tierschutz bringen? 10

Tierschutz-Verbandsklage: Erfolg in Rheinland-Pfalz 11

Prozess mit Präzedenzcharakter 11

Interview: Die Abschaffung der Tierausbeutung steht nicht zur Wahl! 18

Illegales Tierversuchslabor in Münster 20

Der Bundesverband zieht um 20

Zentrum soll Übertragbarkeit von Tierversuchen prüfen 20

Proband stirbt nach Tierversuchen 20

Chemikalienzulassung: 60.000 Tiere gerettet 21

Berlin: 1,9 Mio. Euro für tierversuchsfreie Verfahren 21

Tierversuche: Wegweisender Antrag scheitert im Bundestag 21

Master-Studiengang Tierrechte 21

Rubriken

Impressum 2
Editorial 3
Shop 22
Helfen 23
Kontakt 24

Titelfotos: pixelio.de
Schwein: Kunstzirkus, Plenarsaal: Makrodepecher

Impressum

ISSN 1434-220
tierrechte ist der Infodienst der *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.* und erscheint viermal jährlich. Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Verlag
Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.
Roermonder Straße 4 a | 52072 Aachen
Tel. 02 41 - 15 72 14 | Fax 02 41 - 15 56 42
info@tierrechte.de | www.tierrechte.de

Redaktion
Christina Ledermann, ViSP
Christiane Baumgartl-Simons
Christiane Hohensee

Gestaltung
Das Atelier | Alexa Binnewies
www.dasatelier.de

Druck
Bartels Druck GmbH, 21337 Lüneburg
www.bartelsdruckt.de

Papier
tierrechte wird auf 100% Recyclingpapier – ausgezeichnet mit dem Umweltengel – gedruckt

Vorstand
- Dr.-Ing. Kurt W. Simons (Vorsitzender)
  simons@tierrechte.de
- Dr. med. vet. Christiane Baumgartl-Simons
  (stellvertretende Vorsitzende)
  Tel. 06751 - 95 03 91 | Fax 06751 - 95 03 92
  baumgartl@tierrechte.de
- Christina Ledermann (M.A.)
  (stellvertretende Vorsitzende)
  Tel. 0211 - 16 34 54 29
  ledermann@tierrechte.de

Vorstandsmitglieder
(alphabetisch)
- Susanne Pfeuffer
  Telefon 09848 - 96 94 18
  pfeuffer@tierrechte.de
- Manuela Sägner
  Tel. 0157 - 77 84 44 42
  saegner@tierrechte.de
- Dr. Ute Teichgräber
  Tel. 030 - 23 27 03 46
  teichgraeber@tierrechte.de

Ehrenmitglied:
- Dr. jur. Eisenhart von Loeper

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

wie schon auf dem Titelbild erkennbar, beschäftigt sich diese Ausgabe mit der anstehenden Bundestagswahl. Um Ihnen bei Ihrer Wahlentscheidung eine Orientierung zu geben, haben wir alle relevanten Informationen bezüglich der Tierschutzausrichtung der Parteien zusammengestellt. Übersichtliche Tabellen zeigen auf einen Blick, welche Parteien sich hier vor der Wahl fortschrittlich geben. Der Rückblick auf die Tierschutzpolitik der Großen Koalition zeigt, dass der Begriff „Tierwohl" zwar inflationär gebraucht wird. Er steht jedoch nur für ergebnislosen Aktionismus statt für tatsächliche Veränderungen. Eine Tierschutzpolitik, die von „Tierwohl" spricht und gleichzeitig die maximale Tierausnutzung durch Rechtsvorschriften sanktioniert, muss schnellstens beendet werden.

Wie überfällig dieser Paradigmenwechsel ist, zeigt sich aktuell am Fall der nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerin Schulze Föcking (CDU). Während die CDU in ihrem Bundestagswahlprogramm schreibt, dass Landwirtschaft und Tierschutz einander bedingten, belegten die Mitte Juli veröffentlichten schockierenden Aufnahmen aus den Schweinemastbetrieben der Ministerin, dass schwer verletzte Tiere in dunklen engen Ställen zum Normalbild in der konventionellen Tierhaltung gehören. Dies belegt, wie essentiell die Tierschutz-Verbandsklage ist.

Doch wir brauchen viel mehr. Um eine Neuausrichtung im Umgang mit den Tieren zu erreichen, ist eine Langzeitstrategie für den Ausstieg aus dem Tierversuch und für eine tatsächliche Wende weg von der Tierhaltung, hin zu nachhaltigen und umweltfreundlichen Anbau- und Ernährungskonzepten unabdingbar. Beides ist ethisch geboten – und im Falle der Landwirtschaft schon aus ökologischen Gründen unumgänglich. Die Zeit für einen Systemwechsel war noch nie so reif wie jetzt. Helfen Sie dabei mit Ihrer Wahlentscheidung. Und Sie können noch mehr tun: Das beiliegende Flugblatt können Sie in unserer Geschäftsstelle bestellen und an Familie, Freunde, Kollegen oder an Infotischen und Wahlveranstaltungen verteilen. Vielen Dank.

Nach dem Blick auf die Tierschutzpolitik in Deutschland, wagen wir einen Ausblick auf die Zukunft unserer Ernährung. In den USA wird sie zumindest zum Teil schon gelebt. Im Land von Trump und Fastfood-Ketten beginnt gerade eine Ernährungsrevolution, die irgendwann auch bei uns ankommen wird. Dazu hat sich unsere Autorin auf erfrischend unkonventionelle Art auf vegane Spurensuche in Las Vegas gemacht. Es ist Geschmackssache, ob Sie Invitro-Fleisch oder Ei auf Hefebasis essen möchten oder nicht. Das ethische Argument ist jedoch keine Geschmackssache. Denn es ist eine Tatsache, dass für künstlich hergestelltes Fleisch in Zukunft keine Tiere mehr leiden und sterben müssen.

Herzliche Grüße
Ihre

Christina Ledermann

Mitglied bei
ECEAE – *European Coalition To End Animal Experiments*
und
InterNICHE – *The International Network for Humane Education*

Spenden-/Beitragskonto

Bundesverband der
Tierversuchsgegner e. V.
Sparkasse Aachen
IBAN: DE02 3905 0000 0016 007973
BIC: AACSDE33

Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V. ist als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse sind von der Erbschaftssteuer befreit.

Tierschutzpolitik der großen Koalition:

Leerlauf für die Tiere

Viel Gerede, wenig Ergebnisse, so lässt sich die Tierschutzarbeit der schwarz-roten Bundesregierung seit 2013 charakterisieren. Einen Tierschutzaufschwung hat es nicht gegeben. Vielmehr entsteht der Eindruck, die Christdemokraten lieben den ergebnislosen Aktionismus, und die Sozialdemokraten sind nicht böse, wenn der Koalitionspartner ihre Tierschutzanliegen im Keim erstickt.

CDU/CSU regieren nun schon seit zwölf Jahren, davon acht mit der SPD und vier mit der FDP (2009 bis 2013). Wirkliche Meilensteine für den Tierschutz gab es zuletzt 2001 und 2002, als der Batteriekäfig für Hennen verboten und das Staatsziel Tierschutz eingeführt wurde. Das war unter einer rot-grünen Bundesregierung. Damals gab es Hoffnung, dass in den folgenden Jahren hohe Tierschutzanforderungen im großen Stil durchsetzbar sein könnten. Ein Trugschluss, wie wir heute wissen. Dabei war die Zeit noch nie so reif wie jetzt, den Systemwechsel zu einer tierversuchsfreien Wissenschaft und einer tierleidfreien Lebensmittelproduktion zu starten.

Systemwechsel liegt auf der Hand

Die wirklichen Herausforderungen der Politik liegen in den Kerngebieten der Nutzung von Tieren und dürfen sich keinesfalls auf eine bessere Tierhaltung in der Landwirtschaft und auf weniger Tierleid im Versuchslabor beschränken. Tierschutz zukunftsfähig zu gestalten verlangt nach gangbaren Konzepten für den Abbau der Tierversuche und den Rückgang der Tiere als Lebensmittelieferanten. Dabei ist es nachrangig, wann und ob der komplette Ausstieg aus der Nutzung erreicht werden wird. Fakt ist, die Reduktion der Tiernutzung ist richtig und möglich. Sie ist ethisch geboten, wissenschaftlich notwendig, ernährungsphysiologisch möglich und ökologisch sowie zur Verhinderung eines Klimakollaps dringend erforderlich. Es ist höchste Zeit, dass sich die Parteien zukunftsorientiert aufstellen und Langzeitstrategien entwickeln. Im Fall der Tierversuche heißt das im Wesentlichen, massive Forschungsförderungsprogramme für tierversuchsfreie Methoden einzurichten. Im Fall der lebensmittelliefernden Tiere gilt, praxistaugliche finanzielle Förderungen und Ausstiegskonzepte für Betriebe zu schaffen, die auf pflanzliche Eiweißproduktion umstellen wollen.

Tierlose Landwirtschaft enttabuisieren

Der Systemwechsel zu tierversuchsfreien Verfahren ist gesellschaftspolitisch deutlich mehr gebahnt als der Umschwung von der tierischen zur pflanzlichen Eiweißerzeugung. Das liegt daran, dass die EU-Tierversuchsrichtlinie 2013 den Ausstieg aus dem Tierversuch als Langzeitperspektive festlegt. Diese rechtliche Fixierung ist das Ergebnis jahrzehntelanger Lobbyarbeit der Tierversuchsgegner, die von einem breiten Zuspruch aus der Zivilgesellschaft getragen wurde. Eine gleichwertige gesellschaftspolitisch getragene Zielsetzung gilt es nun auch für die Landwirtschaft zu erreichen. Seit vielen Jahren stellen wir bei Landtags- und Bundestagswahlen die Frage nach Fördermaßnahmen zugunsten der pflanzlichen Eiweißproduktion und haben bisher immer ein entschiedenes „Nein!“ als Antwort erhalten. Diese Frage schien ihrer Zeit zu weit voraus zu sein, so dass sich keine der etablierten Parteien darauf einlassen wollte. In diesem Jahr haben wir zum ersten Mal ein „Ja!“ erhalten. Weil diese Maßnahmen einer klima-, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft dienen, sprechen sich die Grünen für Anbauförderungen von Konsum-Leguminosen sowie für die Unterstützung von Betrieben aus, die ihre Tierhaltung auslaufen lassen wollen. Das ist ein wichtiges Signal und kennzeichnet eine beginnende Enttabuisierung.

Nutzung ist kein „Tierwohl“

Anders als seine Amtsvorgängerin Ilse Aigner (CSU, 2008 – 2013) versteht es der amtierende Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) sehr gut, das Tierschutzressort öffentlichkeitswirksam auszurichten. Mit dem Eckpunktepapier „Eine Frage der Haltung – Neue Wege für mehr Tierwohl“ präsentierte Schmidt im September 2014 seinen Tierschutzfahrplan für die kommenden Jahre und kündigte an, damit die Koalitionsvereinbarungen zum Tierschutz im Wesentlichen

umzusetzen. Der im Oktober 2014 eingerichtete Kompetenzkreis Tierwohl tagte bis Oktober 2016 und sollte das Eckpunktepapier umsetzen. Der freiwillige Verzicht auf Schnabelkürzen bei Hühnern und Puten konnte unterzeichnet und ein zweistufiges Tierwohllabel zur Kennzeichnung von Schweinefleisch und Mastgeflügelprodukten zumindest im Ansatz entwickelt werden. Die Haltungsanforderungen an die Tiere liegen für das Labelling allerdings so niedrig, dass sie von den beteiligten Tierschutzorganisationen (Deutscher Tierschutzbund, Pro Vieh) nicht mehr mitgetragen werden. Schmidt fördert Techniken zur Geschlechtsbestimmung der Embryonen im Ei, um die jährliche Tötung von gut 40 Millionen männlicher Küken nach deren Schlupf zu unterbinden. Die Methode ist aber immer noch nicht praxisreif. Auch die Verordnung zur Prüfung serienmäßig hergestellter Tierhaltungssysteme, die schon 2005 vom damaligen Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) angekündigt wurde, liegt noch immer nicht vor.

Gutachten bestätigt: Kein „Weiter so“ in der Tierhaltung

Aufsehen erregte im März 2015 das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik (WBA) „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“. Das höchste Beratergremium des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) belegt darin eindrucksvoll auf über 400 Seiten, dass es ein „Weiter so“ in der landwirtschaftlichen Tierhaltung nicht geben darf. Die derzeit praktizierte Nutztierhaltung ist danach aus Gründen des Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutzes nicht zukunftsfähig. Die Gutachter legten eine Gesamtstrategie für eine gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung und ein Sofortprogramm für Bund, Bundesländer, EU und Privatwirtschaft vor. Zu der Umsetzung des Programmes ist von Minister Schmidt nichts zu hören.

Nutztierstrategie bleibt unkonkret

Im Juni 2017 veröffentlichte das BMEL eine 60-seitige Nutztierstrategie. Wer sie liest, erkennt sehr schnell, dass die Gesamtstrategie des WBA in Schmidts Nutztierstrategie nicht eingeflossen ist. Sie bleibt erstaunlich unkonkret. Strategisch geht es im Wesentlichen darum, den Zielkonflikt zwischen Tierschutz und Umweltschutz zu verringern. An dem Papier hat ein Beraterkreis aus Wissenschaft, Politik und Technologietransfer mitgewirkt. Zukünftig soll ein Bundesprogramm die Nutztierhaltung nachhaltig fortentwickeln. Durchsetzungswillen sieht anders aus. Das zeigt sich auch im Umgang mit lange bekannten, gravierenden Tierschutzproblemen, wie der Anbindehaltung von Rindern und dem Mitführen wildlebender Tiere in Zirkussen. Zu beiden hatte der Bundesrat die Bundesregierung vergeblich aufgefordert, Verbotsregelungen zu erlassen. Im Fall der Zirkusse sogar mehrfach – ohne Erfolg.

Einfach wegrationalisiert: Die ZEBET-Tierschutzkommission

Am 25. September 2015 eröffnete Bundesminister Christian Schmidt feierlich das Deutsche Zentrum zum Schutz von Versuchstieren (Bf3R). Es ist angesiedelt im Bundesinstitut für Risikobewertung und besteht aus fünf Bereichen. Darunter

befindet sich auch die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET), die bereits Ende der 1980er Jahre eingerichtet wurde. Durch die neuen Bestimmungen der EU-Tierversuchsrichtlinie 2010/63/EU, die 2013 in deutsches Recht überführt wurde, sind weitere Aufgaben entstanden, wie die Einrichtung eines Nationalen Ausschusses zur Beratung von Behörden und die Kommunikation mit der EU-Kommission. Beim Ausbau des Zentrums wurde die ZEBET-Tierschutzkommission, in die auch Vertreter der Tierschutzorganisationen eingebunden waren, einfach wegrationalisiert. Überhaupt ist das Zentrum gegenüber der Öffentlichkeit, so auch gegenüber Tierschutzorganisationen, abgeschirmt. Es darf keine Auskünfte erteilen, so wie dies früher bei ZEBET ausdrücklich gewünscht war.

Tierversuche: Deutschland hat keinen Abbauplan

Bei der Eröffnung des Zentrums sagte der Bundesminister, es sei sein langfristiges Ziel, Tierversuche komplett zu ersetzen. Eine zielführende Strategie blieb er jedoch bis heute schuldig. Essentielle Arbeitsinstrumente wie ein Handbuch zur möglichst objektiven Beurteilung von Unerlässlichkeit und ethischer Vertretbarkeit von Tierversuchsprojekten fehlen bis heute. Besonders schwer wiegt, dass Deutschland im Gegensatz zu den Niederlanden keinen eigenen Abbauplan für Tierversuche entwickelt hat. Es gibt auch kein klares Bekenntnis dazu, die ambitionierte niederländische Ausstiegstrategie zu unterstützen. Dabei müsste dies eine Selbstverständlichkeit sein.

Fazit: Mehr Druck auf die politischen Entscheidungsträger

Die Wahrscheinlichkeit, dass die zukünftige Bundesregierung den Abbau der Tiernutzung mit einem ausgereiften Konzept verfolgt, ist sehr gering. Also muss in den kommenden vier Jahren der Druck auf die politischen Entscheidungsträger über die Zivilgesellschaft massiv anwachsen. Doch auch der zivile Druck entsteht nicht von alleine. Der organisierte Tierschutz, so auch unser Bundesverband, hat die zentrale Aufgabe, mit allen legalen Mitteln für die gesellschaftliche Empörung über das Tierleid, das unser Staat durch Rechtsvorschriften legitimiert, zu sorgen. Daran werden wir weiter arbeiten.

Dr. Christiane Baumgartl-Simons

Fotos: soylent-network.com

Systemwechsel:

Die Positionen der Parteien

Zur Bundestagswahl am 24. September 2017 haben wir die Parteien zu besonders drängenden Tierschutzthemen befragt. Zum einen machen wir so deutlich, welche Tierschutz-Projekte wir für besonders wichtig halten. Zum anderen müssen die Parteien Stellung nehmen, was sie in der nächsten Legislaturperiode planen.

Für den Bundesverband ist das zentrale Stichwort der „Systemwechsel". Wir brauchen eine Wende, sei es im Bereich landwirtschaftlicher Tierhaltung oder der Tierversuche. Um zu vermeiden, dass die Parteien wortreich aber inhaltsleer antworten, haben wir ihnen dieses Mal geschlossene Fragen gestellt, die sie nur mit „Ja" und „Nein" beantworten konnten. Um die Abschaffung der Tierversuche effektiv anzugehen, erwarten wir von der Politik einen Masterplan nach dem Vorbild der Niederlande, der eine Gesamtstrategie, ein Umsetzungsmanagement und eine Qualitätssicherung enthält. Dieser Masterplan sollte unter Federführung der Bundes- und Länderregierungen unter Beteiligung aller Stakeholder aus Wissenschaft, Industrie, Behörden und Tierschutz erstellt und umgesetzt werden. Grüne und Linke teilten uns mit, dass sie dieses Gesamtkonzept unterstützen. Die Linke verweist auf den Antrag ihrer Bundestagsfraktion „Tierversuche beenden" (Drucksache 18/11724), mit dem sie sich bereits für ein Ausstiegskonzept eingesetzt hatte. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen von SPD, CDU und CSU abgelehnt. Die SPD will prüfen, ob ein Masterplan der richtige Weg zur Reduktion von Tierversuchen ist. Die FDP spricht sich dagegen aus und setzt stattdessen auf die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Die CDU hat unsere Fragen nicht beantwortet.

Gezielte Förderung tierversuchsfreier Verfahren

Eine weitere Frage zielte auf die Maßnahmen, die die Parteien ergreifen wollen, um die Entwicklung dieser neuen Methoden effektiv voranzubringen, beispielsweise durch spezielle Förderprogramme. Dabei muss aus Sicht des Bundesverbandes festgelegt werden, welche Tierversuche, beispielsweise aus dem Bereich der gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitstests von Chemikalien, Lebensmittelzusätzen, Pestiziden und (Tier)-Medizinprodukten, kurzfristig beendet werden können und in welchen Bereichen dringend weitere praxistaugliche tierversuchsfreie Verfahren entwickelt und anerkannt werden müssen. Dafür sprachen sich die Grünen und die Linke aus. Die SPD äußert sich nicht klar, hält es zum jetzigen Zeitpunkt jedoch für schwierig, einen konkreten Ausstiegszeitpunkt zu benennen. Die FDP unterstützt diesen Ansatz nicht.

Standardisierte Prüfregeln für Tierversuche

Eine weitere Frage betraf die derzeitigen Regelungen im Antragsverfahren für Tierversuchsprojekte. Besonders problematisch ist dabei, dass dafür immer noch keine objektiven und standardisierten Prüfregeln existieren. Besonders die gesetzlich geforderte Feststellung der ethischen Vertretbarkeit eines Tierversuchs wird bisher nur nach den subjektiven Einschätzungen der Antragsteller beurteilt – dies ist aus Sicht des Tierschutzes völlig inakzeptabel. Deswegen fragten wir die Parteien, ob sie sich für die Erstellung eines Handbuches mit Prüfregeln einsetzen, mit denen die gesetzlich geforderte Unerlässlichkeit und ethische Vertretbarkeit durch eine Nutzen-Schaden-Abwägung ermittelt werden kann. Die SPD, Grüne und die Linke unterstützen die Erstellung und Anwendung eines solchen Handbuches. Die FDP spricht sich dagegen aus, denn sie bezweifelt, dass ein „starrer" Kriterienkatalog sinnvoll ist.

Tierschutzrecht verschärfen

Um die überfällige Wende in der sogenannten Nutztierhaltung einzuleiten, wollten wir zudem von den Parteien wissen, wie sie die Bedingungen bei Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung der Tiere nachhaltig und effektiv verbessern wollen. Konkret wollten wir wissen, ob die Parteien die gesetzlichen Grundlagen im Tierschutzgesetz und in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Sinne des Tierschutzes überarbeiten, konkretisieren und verschärfen werden. SPD, Grüne und Linke sehen die Notwendigkeit, das Tierschutzgesetz und die sogenannten Nutztierhaltungs-Verordnungen im Sinne der Tiere zu überarbeiten. Die FDP antwortet nicht eindeutig. Konkret nennt sie gezielte Agrarinvestitionsförderung zur Verbesserung der Nutztierhaltung.

Bio-vegan: Ausstiegsförderungen für Betriebe

Für eine tatsächliche Wende weg von der Tierhaltung, hin zu nachhaltigen und umweltfreundlichen Anbau- und Ernährungskonzepten, wollten wir von den Parteien wissen, ob und mit welchen Maßnahmen sie den Ausbau der bio-veganen Landwirtschaft in Deutschland voranbringen wollen. Dies könnte beispielweise durch Anbauförderungen von Konsum-Leguminosen wie Soja, Lupine, Erbse und Bohne erreicht werden sowie durch Umstellungs- und Ausstiegsförderungen für Betriebe, die ihre Tierhaltung abschaffen wollen. Diese Frage beantworteten nur die Grünen mit einem klaren „Ja". Genauso verhält ist sich bei unserer Frage, wie zukünftigen Generationen elementares Wissen über einen ethischen Umgang mit Tieren vermitteln werden soll. Dazu wollten wir wissen, ob die Parteien den Tierschutz zu einem festen Bestandteil der Lehrpläne, der Lehrer-Ausbildung und der Unterrichtsmaterialien machen wollen. Diese Frage beantworten nur die Grünen mit „Ja". SPD, FDP und Linke sehen aber zumindest die Notwendigkeit, dass Schüler zu diesen Themen aufgeklärt werden müssen.

Fazit: Weitere Lobbyarbeit nötig

Klare Unterstützer für einen Paradigmenwechsel beim Tierversuch sind nur die Linke und die Grünen. Die SPD antwortet eher ausweichend auf unsere Fragen. Immerhin unterstützt sie die Erstellung eines Kriterienkataloges für Tierversuchsanträge und will Tierschutzgesetz und Nutztierhaltungs-Verordnungen überarbeiten. Die FDP sieht zwar die Notwendigkeit, Tierversuche zu reduzieren und die Tierhaltung zu verbessern, bleibt aber unkonkret, wie dies erreicht werden soll. Die Tatsache, dass CDU und CSU unsere Fragen auch nach mehrmaligen Erinnerungen nicht beantworten zeigt, welchen Stellenwert der Tierschutz und die Menschen, die sich für seine Fortentwicklung einsetzen, für diese Parteien haben. Düster sieht es derzeit für eine Agrarwende hin zu einer tierlosen Landwirtschaft aus. Für eine bio-vegane Landwirtschaft sprechen sich nur die Grünen aus. Auch wenn die Partei immer noch die ökologische Landwirtschaft, die die Haltung von „Nutztieren" mit einschließt, sehen wir darin eine bemerkenswerte Vorwärtsentwicklung. Insofern muss die Lobbyarbeit für eine wirkliche Agrarwende mit vereinten Kräften weitergehen.

Christina Ledermann

» Siehe dazu auch die Tabelle auf Seite 9

Tierschutz – das planen die Parteien

Um Ihnen einen Überblick über die Tierschutz-Pläne der Parteien zu geben, haben wir die Wahlprogramme der Parteien für Sie zusammengefasst und kurz kommentiert. Eine schnelle Übersicht entnehmen Sie der Tabelle.

Die SPD geht auf den Tierschutz vor allem in dem Kapitel „Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung" ein. Darin kündigt sie an, ein modernes Tierschutzgesetz schaffen zu wollen. Die Sozialdemokraten sprechen sich klar für ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen aus, damit Tierschutzverbände wirkungsvoller gegen Verstöße vorgehen können. Zudem tritt die SPD für eine Ombudsstelle für Tierschutz beziehungsweise für einen Tierschutzbeauftragten ein. Tierversuche will die SPD weiter reduzieren. Wie dies gelingen soll, schreibt sie allerdings nicht. Zum Wohl der Tiere will die SPD Betriebe unterstützen, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben. Dazu beitragen sollen eine Umschichtung der EU-Agrarsubventionen, Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallhaltungssysteme, Tierschutzindikatoren, eine nationale und europäische Nutztierstrategie sowie bessere Haltungs- und Transportbedingungen.

Angekündigte Maßnahmen[1]	CDU/ CSU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Tierschutz-Verbandsklage auf Bundesebene	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
Bundesbeauftragte(n) für Tierschutz	Ja	k.A.	Ja	Ja	Ja
Nationales Kompetenzzentrum für Tierschutz	k.A.[2]	k.A.	k.A.	Ja	k.A.
Ombudsstelle für Tierschutz	k.A.	k.A.	Ja	k.A.	k.A.
Schwerpunktstaatsanwaltschaften für den Tierschutz	k.A.	k.A.	k.A.	Ja	k.A.
Überarbeitung von Tierschutzgesetz und Verordnungen	k.A.	k.A.	Ja	Ja	Ja
Ausstieg aus der Massentierhaltung	Nein	Nein	k.A.	Ja	Ja
Stall-Genehmigungen erschweren	k.A.	k.A.	Ja	Ja	k.A.
Verbot von Qualzuchten	k.A.	k.A.	Ja	Ja	k.A.
Mehr Tierschutz bei Transporten	k.A.	k.A.	Ja	Ja	Ja
Mehr Tierschutz bei der Schlachtung	k.A.	k.A.	Ja	Ja	k.A.
Verbot des Kastenstandes für Sauen	Nein	k.A.	Ja	Ja	Ja
Amputations-Verbote (Ringelschwänze, Schnäbel, etc.)	k.A.	k.A.	Ja	Ja	k.A.
Verbot der Kükentötung	Nein	k.A.	k.A.	Ja	Ja
Haltungsverordnung für Kühe/Kälber/Rinder	Nein	k.A.	Ja	Ja	Ja
Reduzierung des Konsums tierischer Lebensmittel	k.A.	k.A.	k.A.	Ja	k.A.
Reduzierung von Tierversuchen	k.A.	k.A.	Ja	Ja	Ja
Studium ohne Tierverbrauch	k.A.	k.A.	k.A.	Ja	k.A.
Förderung von Tierheimen	k.A.	k.A.	k.A.	Ja	k.A.
Verbot bestimmter Wildtierarten in Zirkussen	k.A.	k.A.	Ja	Ja	Ja
Verbot der Pelztierhaltung	k.A.	k.A.	k.A.	Ja	Ja
Positivliste für die Haltung von Exoten	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
Verbot von gewerblichen Tierbörsen	k.A.	k.A.	Ja	Ja	Ja
Verbot von Delfinarien	k.A.	k.A.	k.A.	Ja	Ja
Verbot des Klonens von Tieren	Ja	k.A.	Ja	Ja	Ja
Verbot von Patenten auf Tiere	k.A.	k.A.	Ja	Ja	Ja

1) Diese Maßnahmen wurden in den Wahlprogrammen oder auf Wahl-Veranstaltungen explizit angekündigt
2) k.A. = keine Angabe. Dies bedeutet, dass sich die Parteien hierzu nicht äußern.

SPD: Genehmigung für Stallneubauten erschweren

Außerdem will die Partei Genehmigungsverfahren für Stallneubauten erschweren. Große Tierhaltungsanlagen im Außenbereich sollen nur noch zugelassen werden, wenn die Gemeinde einen entsprechenden Bebauungsplan erlässt und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführt. Eingriffe an Tieren, die aus rein wirtschaftlichen Gründen erfolgen, wie das Schnabelkürzen, will die SPD verbieten. Für Qualzuchten muss es ihrer Ansicht nach eine klare Definition und ein Haltungsverbot geben. Zum Schutz von Haustieren setzt die SPD auf fachkundige Halterinnen und Halter. Sie will zudem den illegalen Wildtierhandel und den Handel mit Wildfängen auf gewerblichen Tierbörsen unterbinden. Die Jagd soll „zeitgemäß und naturnah" sein. Bei der Fischerei sollen nur noch umweltgerechte Fangmethoden eingesetzt werden.

Hehre Ankündigungen – laue Bilanz

Interessant ist der Vergleich mit dem Programm von 2013. Dabei fällt auf, dass die SPD schon damals die Einführung des Verbandsklagerechtes, die Zurückdrängung der Intensivtierhaltung, die Unterbindung von Qualzuchten und die Förderung tierversuchsfreier Verfahren ankündigte, diese aber nicht umsetze. Dies lag sicher auch am Widerstand der konservativen Koalitionspartner und dem CSU-geführten Landwirtschaftsministerium. Tatsache ist dennoch, dass »»

»» sich die SPD in diesen Punkten nicht durchsetzen konnte oder wollte.

CDU/CSU: Wirtschaft vor Tierschutz

Die CDU/CSU erwähnt den Tierschutz in ihrem Programm nur unter der Überschrift „Landwirtschaft hat Zukunft“. Dort steht, dass der Tierschutz CDU und CSU ein wichtiges Anliegen sei, denn Tiere seien unsere Mitgeschöpfe. Die Christsozialen setzen auf eine Nutztierhaltungsstrategie, die das Tierwohl stärker berücksichtigen soll. Weitere Verbesserungen im Tierschutz begreifen CDU und CSU als „grenzüberschreitende Herausforderung“ und kündigen an, sich für einheitliche Standards in der EU einsetzen zu wollen. Die Einführung eines neuen staatlichen Tierwohllabels soll dazu beitragen, das Tierwohl zu erhöhen und Marktchancen zu verbessern. Die Weiterentwicklung im Tierschutz muss nach Ansicht der Christsozialen „praxistauglich“ sein.

„Weiter so“ statt Paradigmenwechsel

Bei den Konservativen fällt auf, dass der Tierschutz fast nur unter dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit betrachtet wird. Es geht darum, die „gesellschaftliche Akzeptanz“ für die sogenannte Nutztierhaltung herzustellen und die „Marktchancen der betreffenden Betriebe“ zu erhöhen. Dies geht so weit, dass die Christsozialen behaupten, dass Landwirtschaft – also die „Nutzung“ von Tieren – und der Tierschutz einander bedingen. Es darf die Frage gestattet sein, ob es nicht genau umgekehrt ist. Nämlich, dass die wirtschaftliche Nutzung von Tieren – ob als Fleisch-, Mich- oder Eierlieferant – nicht gerade dazu führt, dass wir unsere Mitgeschöpfe in engen Mastställen ohne Tageslicht, Platz und Beschäftigungsmöglichkeiten zusammenpferchen? Alles zusammengenommen ist zu erwarten, dass die Konservativen für ein „Weiter so“ statt einen Paradigmenwechsel stehen. Es gibt keinen Willen zur Veränderung und auch kein Konzept. Zudem war Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) stets bemüht, der mächtigen Agrarlobby nicht wehzutun. Deswegen wird es auch nur ein freiwilliges Tierwohllabel geben, und das Verbot der Kükentötung wird weiter hinausgeschoben. Übrigens: Der Begriff „Tierversuche“ taucht weder im Wahlprogramm der Christsozialen noch der FDP auf.

FDP: Freiwilligkeit statt Verbote

Die FDP behandelt den Tierschutz kurz unter den Kapiteln „Sicherung der Artenvielfalt“ und „Artgerechte Tierhaltung und Tierernährung“. Darin heißt es knapp: „Wir Freie Demokraten setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung und Tierernährung ein.“ Diese Verbesserungen will die Partei durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreichen. Starre ordnungsrechtliche Vorgaben oder zu „ehrgeizige Tierwohl-Zertifizierungen“ lehnt sie ab. Beim Schutz von Heimtieren spricht sie sich gegen Verbote aus, stattdessen will sie die Sachkunde von Heimtierhaltenden verbessern. Besonders wichtig scheint der Partei die Regulierung des Kormorans zu sein. Dazu will sie eine bundesweite Strategie vorlegen. Außerdem scheint sich die FDP den Jägern besonders verpflichtet zu fühlen. Sie spricht sich für das selbstbestimmte Handeln von Jägerinnen und Jägern sowie gegen weitere Verbote im Bundesjagdgesetz aus. Die Aussagen der FDP zu Tierschutzthemen zeigen, dass auch für die Freien Demokraten der Markt vor der Moral kommt. Verbote, die dringend nötig wären, um die besonders krassen Auswüchse in der industriellen Tierhaltung zu unterbinden, fallen bei ihr höchstwahrscheinlich unter die Kategorie „Überregulierung“.

Die Linke: Tierschutzpolitisches Profil weiter geschärft

Die Linke hat in den letzten Jahren ihr tierschutzpolitisches Profil weiter geschärft. Sie thematisiert den Tierschutz hauptsächlich unter dem Kapitel „Die Vielfalt der Natur und Tiere schützen“. Darin gibt die Partei an, „Formen der Nutztierhaltung mit quälerischen Produktionsweisen“ zu verbieten. Zudem sollen regionale Bestandsobergrenzen eingeführt werden. Außerdem tritt sie für ein Verbot des Kükenschredderns, der Pelztierhaltung, der Zwangsfütterung (Stopfen) sowie des Lebendrupfes von Daunen ein. Auch der Anbindehaltung von Kühen und der Haltung von Sauen im Kastenstand erteilt sie eine Absage. Wichtig zu erwähnen ist das Bekenntnis der Linken zum Verbandsklagerecht.

Grüne haben Tierschutz-Kompetenz

Die Grünen haben dem Tierschutz in ihrem Wahlprogramm den meisten Raum eingeräumt. Und nicht nur das. Am 20. Juni einigte sich die grüne Bundestagsfraktion auf den Beschluss „Tierschutz stärken – Tierleid beenden“. In diesem legen die Grünen ausführlich auf sechs Seiten dar, was sie sich unter Tierschutz vorstellen. Die Kernforderungen sind kurzgefasst folgende: Massentierhaltung und Leid auf Tiertransporten und in Schlachthöfen beenden. Die Partei will in den nächsten 20 Jahren die industrielle Massentierhaltung beenden und eine umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft fördern. Danach soll auch die EU-Agrarförderung ausgerichtet und umgeschichtet werden. Die Einführung einer verbindlichen und verständlichen Tierhaltungskennzeichnung für tierische Produkte sowie Strukturen für mehr Tierschutz sollen geschaffen werden. Darunter verstehen die Grünen die Einführung eines bundesweiten Verbandsklagerechtes, Schwerpunktstaatsanwaltschaften für den Tierschutz, die Berufung eines Bundestierschutzbeauftragten und einen effektiveren Vollzug. Das Tierschutzgesetz wollen die Grünen „gründlich überarbeiten“.

Vorbild für andere Parteien

In der Summe zeigen die Grünen, dass sie – unter den etablierten Parteien – die Partei mit dem differenziertesten und kompetentesten Tierschutzprogramm sind. Es sind jedoch nicht nur ihre ambitionierten Programme. Dort, wo sie in Regierungsverantwortung sind, beweisen die Grünen meist, dass es ihnen mit dem Tierschutz ernst ist. Auch wenn sie es nicht in die nächste Bundesregierung schaffen sollten, so ist zu hoffen, dass sich die anderen Parteien an der Tierschutz-Kompetenz der Grünen orientieren und dass so zumindest einige der dringlichsten Verbesserungen für die Tiere endlich umgesetzt werden.

Christina Ledermann

Zentrale Tierschutz-Projekte – das antworten die Parteien

CDU/CSU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Masterplan für eine tierversuchsfreie Forschung Nach dem Vorbild der Niederlande enthält dieser eine Gesamtstrategie, ein Umsetzungsmanagement sowie ein Monitoring-Programm zur Qualitätssicherung.				
Keine Antwort	Nein, die FDP will stattdessen Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken.	Die SPD will prüfen, ob ein Masterplan der richtige Weg zur Reduktion von Tierversuchen ist.	Ja, die Grünen unterstützen einen Masterplan zur Abschaffung der Tierversuche, denn nur so kann der Abbau und der Ausstieg wirksam verfolgt werden.	Ja, die Linke steht hinter einem Masterplan und verfolgt seine Erstellung und Umsetzung in der nächsten Legislatur.
Förderung tierversuchsfreier Verfahren Zielgenaue Förderprogramme auf Bundes- und EU-Ebene für die systematische Entwicklung noch fehlender tierversuchsfreier Verfahren, damit ab 2025 (bzw. so schnell wie möglich) Sicherheitstests gemäß dem Abbauplan der Niederlande komplett ohne Tierversuche durchgeführt werden können.				
Keine Antwort	Nein, alternative Methoden können Tierversuche nicht pauschal und zu einem bestimmten Datum gleichwertig ersetzen. Der Prozess erfolgt schrittweise.	Zum jetzigen Zeitpunkt hält es die SPD für schwierig, einen konkreten Ausstiegszeitpunkt zu benennen.	Ja, die Grünen wollen die serienreife Entwicklung der fehlenden regulatorischen Tests fördern, damit so schnell wie möglich Sicherheitstests gemäß dem Abbauplan der Niederlande komplett ohne Tierversuche durchgeführt werden können.	Ja, die Linke unterstützt die serienreife Entwicklung der fehlenden regulatorischen Tests insbesondere durch Einrichtung von Förderprogrammen auf Bundes- und EU-Ebene.
Tierversuchsanträge: Standardisierte Prüfregeln Den Genehmigungsbehörden muss ein Handbuch (Kriterienkatalog) zur Feststellung der gesetzlich geforderten Unerlässlichkeit und ethischen Vertretbarkeit zur Verfügung gestellt werden, um eine Nutzen-Schaden-Abwägung mit größtmöglicher Objektivität bundesweit nach gleichem Standard zu gewährleisten.				
Keine Antwort	Nein, die FDP ist skeptisch, ob ein starrer Kriterienkatalog den Ansprüchen an eine sorgfältige Überprüfung der ethischen Vertretbarkeit genügen kann.	Ja, die SPD unterstützt die Erstellung eines solchen Handbuches.	Ja, die Grünen werden alle Maßnahmen ergreifen, damit dieses Handbuch schnellstens erstellt und in der Praxis angewendet wird.	Ja, die Linke wird alle Maßnahmen ergreifen, damit dieses Handbuch schnellstens erstellt und in der Praxis angewendet wird.
Verschärfung der Tierschutz-Gesetzgebung/Tierschutzrecht stärken Um die Bedingungen für die Tiere nachhaltig und effektiv zu verbessern, müssen die gesetzlichen Grundlagen im Tierschutzgesetz und in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Sinne des Tierschutzes überarbeitet, konkretisiert und verschärft werden.				
Keine Antwort	Keine klare Antwort. Die FDP verweist auf gezielte Agrarinvestitionsförderung für Verbesserungen bei der Nutztierhaltung und auf die Notwendigkeit der „Fünf Freiheiten“ sowie die Schlussfolgerungen des WBA[1].	Ja, die SPD will das Tierschutzgesetz überarbeiten und Nutztierhaltungs-Verordnungen für alle Nutztierarten und Haltungsformen einführen.	Ja, die Grünen wollen gesetzliche Tierschutzstandards, die sich an den Bedürfnissen der Tiere orientieren. Dazu wollen sie das Tierschutzgesetz und die Tierschutznutztierhaltungsverordnung überarbeiten.	Ja, die Linke wird Maßnahmen ergreifen, um Tierschutzgesetz und Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Sinne des Tierschutzes zu überarbeiten.
Förderung der bio-veganen Landwirtschaft Um den Ausbau der bio-veganen Landwirtschaft in Deutschland voranzutreiben, müssen Anbauförderungen von Konsum-Leguminosen (Soja, Lupine, Erbse, Bohne) und Umstellungs- und Ausstiegsförderungen für Betriebe zur Verfügung gestellt werden.				
Keine Antwort	Nein, eine rein bio-vegane Landwirtschaft kann nicht das Ziel sein. Zu einer abwechslungsreichen und ausgewogenen Ernährung gehört für sehr viele Menschen auch der Fleischkonsum.	Nein, um die Nachfrage zu bedienen, sind die konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig.	Ja, die Grünen wollen sich für Anbauförderungen von Konsum-Leguminosen und für Umstellungs- und Ausstiegsförderungen für Betriebe einsetzen.	Nein, die Linke plant keine Maßnahmen zum Ausbau der bio-veganen Landwirtschaft, weil sie die Nutztierhaltung in Deutschland nicht abschaffen will. Sie fordert stattdessen eine flächengebundene und tiergerechte Nutztierhaltung.
Tierschutzpädagogik Die Tierschutzerziehung sollte fester Bestandteil der Lehrpläne, der Lehrer-Ausbildung und der Unterrichtsmaterialien sein.				
Keine Antwort	Keine klare Antwort. Die FDP sieht die Notwendigkeit für Tierschutzunterricht, will dies aber eher in Projektarbeit oder Arbeitsgemeinschaften ansiedeln. Schüler sollen Grundlagen zum eigenverantwortlichen Entscheiden erhalten.	Grundsätzlich ja, dies ist jedoch Aufgabe der Kultusministerien der Länder.	Ja, die Grünen setzen sich dafür ein, damit der Tierschutz in die Lehrpläne, Lehrer-Ausbildung und Unterrichtsmaterialien aufgenommen wird.	Dazu hat die Linke noch keine Position.

1) Zu den „Fünf Freiheiten“ zählen für die FDP das Freisein von Hunger und Durst; von Unbehagen; Schmerzen, Verletzungen und Krankheiten sowie das Ausleben normaler Verhaltensweisen.

Was soll der neue Bundestag für den Tierschutz bringen?

Am 24. September wird wieder einmal ein neuer Bundestag gewählt. Wir wollen, dass in der 19. Legislaturperiode einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung des Tierleids ergriffen werden. Die Parteien sind also gefordert, nicht nur Tierschutzeinzelmaßnahmen zu präsentieren, sondern mit durchdachten Gesamtstrategien an den Start zu gehen.

Hochburgen des Tierleids sind die Landwirtschaft und die Tierversuche. Dies dokumentieren Filme und Fotos, die in der Regel durch verdeckte Ermittlungen oder auch Whistleblower ans Licht der Öffentlichkeit kommen. Hier sehen wir Tiere in Lebenssituationen, die uns zu Recht seit vielen Jahren maßlos empören, weil sie mit Tierschutz nichts gemein haben. Trotzdem steht dieses Tierleid noch immer im Einklang mit tierschutzrechtlichen Vorschriften wie beispielsweise der Nutztierhaltungsverordnung oder der Tierschutzversuchstierverordnung. Das ist jedenfalls die herrschende Rechtsauffassung. Das muss ein Ende haben.

Ohne Aufklärung geht es nicht

Die Undercover-Aufnahmen von Tierversuchen, beispielsweise aus dem Max-Planck-Institut für Biologische Kybernetik in Tübingen, ausgestrahlt in „Stern TV“ am 10. September 2014, oder aus Schweinemastbetrieben wie dem der nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerin Christina Schulze Föcking, ebenfalls veröffentlicht bei „Stern TV“ am 12. Juli diesen Jahres, zeigen einen Umgang mit Tieren, den die Zivilgesellschaft nicht mehr akzeptiert. In den Mastställen von Schulze Föcking wurden beispielsweise schwer erkrankte Schweine nicht ordnungsgemäß behandelt.

Tiermast: Das Grauen ist Normalzustand

Doch weder sachkundige Mitarbeiter noch Betriebsleitung, Bestandstierärztin, Amtsveterinäre oder Mitarbeiter des Qualitätssicherungssystems für Lebensmittel nehmen daran Anstoß. Diese Haltung zeugt davon, dass schwer verletzte Tiere, um die sich nicht gekümmert wird, zum Normalbild der konventionellen Schweinemast gehören. Mit dieser Gewohnheitskultur muss Schluss sein. Das genau müssen die Politiker des 19. Bundestags verinnerlichen und ihre Aufgabe zur Systemveränderung wahrnehmen. Wir brauchen endlich Haltungsvorgaben, die den Paragrafen 2 Tierschutzgesetz[1] umsetzen. Damit aber nicht genug: es müssen parallel dazu Wege gefördert werden, um von der tierischen auf die pflanzliche Eiweißproduktion umzustellen. Die Erzeugung von Fleisch aus Tiermuskelzellen im Labor ist zwar nicht unbedingt der Königsweg, sie könnte jedoch eine bald praxisreife Methode zur Reduktion des Tierleids sein. Was absolut nicht mehr toleriert werden darf, ist eine Tierschutzpolitik, die das aktuelle Haltungsprinzip (maximale Tierausnutzung in kürzester Zeit auf engstem Raum) weiter unterstützt.

Fotos:
tierretter.de (oben) und tierrechte.de

Im Fokus: Ausstieg aus den Giftigkeitstests

Wer im Bereich der Tierversuche wissenschafts- und tierschutzpolitisch überzeugend die Zukunft gestalten möchte, braucht einen Masterplan für den Ausstieg aus dem Tierversuch entsprechend dem Abbauplan der Niederlande. Im Fokus steht, den Ausstieg aus den Giftigkeitstests so früh wie möglich zu erreichen und hierfür die noch fehlenden tierleidfreien Methoden mit Volldampf zu entwickeln. In der letzten tierrechte-Ausgabe (2/2017) haben wir über den niederländischen Abbauplan und unsere Vorstellungen für einen Masterplan ausführlich berichtet. Sehr erfreulich ist, dass die Parteien Grüne und Linke den Ausstieg aus dem Tierversuch mit konkreten Maßnahmen unterstützen wollen. Das haben sie unter anderem in ihren Wahlprogrammen angekündigt. Unser Bundesverband verfolgt den Ausstieg aus dem Tierversuch und wird seine Lobbyarbeit schwerpunktmäßig darauf ausrichten. Als Tierrechtsverband werden wir auch den Ausstieg aus der Tiernutzung in der Landwirtschaft und den Umstieg auf eine pflanzliche Eiweißproduktion nach Kräften unterstützen. Für die Einführung der Tierschutz-Verbandsklage auf Bundesebene sollte in der nächsten Legislatur weiter gestritten werden, so dass sie in allen 16 Bundesländern gilt. Immerhin haben sich Grüne, Linke und SPD klar dafür ausgesprochen.

Dr. Christiane Baumgartl-Simons

1) § 2
1. Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,
1. muss das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen,
2. darf die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken, dass ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden,
3. muss über die für eine angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung des Tieres erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen.

Tierschutz-Verbandsklage

Erfolg in Rheinland-Pfalz: Land muss Akteneinsicht gewähren

Unser Mitgliedsverein in Rheinland-Pfalz erhielt im Februar 2016 die Anerkennung durch das Umweltministerium als mitwirkungsberechtigter und klagebefugter Verein. Doch das Land verwehrte ihm die Einsicht in Tierversuchsanträge. Dagegen ging er vor – mit Erfolg.

Während der Bundesverband in Nordrhein-Westfalen (NRW) nach dem Wahlsieg von CDU und FDP um die Existenz der Tierschutz-Verbandsklage bangt, konnte sein Mitgliedsverein „Menschen für Tierrechte – Tierversuchsgegner Rheinland-Pfalz“ einen juristischen Erfolg für das Klagerecht erwirken. Im Oktober 2016 wollte der Verein im Rahmen des Tierschutz-Verbandsklagerechtes Einsicht nehmen in anstehende Tierversuchsvorhaben. Das zuständige Landesuntersuchungsamt (LUA) verwehrte ihm jedoch die Einsicht in zwei Tierversuchsanträge. Als Informationen gab es nicht mehr als die Überschriften. Eine qualifizierte Stellungnahme war so unmöglich. Also beantragte der Verein Akteneinsicht. Diese wurde jedoch abgelehnt. Den Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid wies das LUA im Januar 2017 zurück. Daraufhin klagte der Verein. Dabei wurde er hervorragend juristisch vertreten durch den ehemaligen Vorsitzenden des Bundesverbandes Dr. Eisenhart von Loeper und von Dr. Christoph Maisack.

„Berechtigtes Informationsinteresse“

Das Ergebnis der Verhandlung am 19. Juli 2017 vor dem Verwaltungsgericht Koblenz war erfreulich. Die Richterinnen und Richter bestätigten grundsätzlich, dass klageberechtige Tierschutzvereine von der Behörde verlangen können, Einsicht in die Akten zu einem Tierversuchsgenehmigungsverfahren zu erhalten. Die Behörde müsse im Einzelfall entscheiden, ob bestimmte Teilinformationen wegen überwiegender Geheimhaltungsinteressen zurückgehalten werden können. Hierbei muss die Behörde abwägen zwischen der Geheimhaltung und dem berechtigtem Informationsinteresse des Vereins. Der Verein muss aber in der Lage sein, anhand der überlassenen Unterlagen zu prüfen, ob die rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung des Tierversuchs vorliegen.

Einsicht kann beantragt werden

Die Verhandlung endete mit einem Vergleich, der aber in Bezug auf die praktische Auswirkung einem Urteil nicht nachsteht. Mit dem Vergleich ist geregelt, dass der Verein im ersten Schritt kontinuierlich die Informationen über neu eingegangene Anträge erhält. Hierzu können dann weitere Information beim LUA angefordert werden. Zur ersten Orientierung übermittelt die Behörde die Kurzbeschreibung eines Antrags. In einem zweiten Schritt kann die Einsichtnahme in den eigentlichen Versuchsantrag beantragt werden. Dieses Ablaufprinzip entspricht der Verfahrensweise, die bisher auch in Nordrhein-Westfalen bei der Mitwirkung bei Tierversuchsanträgen praktiziert wurde.

Dr. Christiane Baumgartl-Simons

Prozess mit Präzedenzcharakter

Undercover-Videoaufnahmen aus Mast- und Zuchtbetrieben sorgen regelmäßig für Aufsehen. Während die Landwirte darin ungerechtfertigte Straftaten von Einzeltätern sehen, für die es keine übergesetzliche Rechtfertigung gibt, betrachten Tierrechtler und Tierschützer sie als eine unentbehrliche Nothilfe für Tiere. Es zeigt sich jedoch immer wieder, dass es auf legalem Wege keine andere Möglichkeit gibt, die tatsächlichen Zustände in Mast- und Zuchtbetrieben zu dokumentieren. Die Veterinärämter erstatten anschließend oft Anzeige wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz. Anders lief es in einem Putenmastbetrieb im baden-württembergischen Ruppertshofen. Drei Tierschützer waren in der Nacht zum 11. Mai 2015 in diesen zum Filmen eingestiegen, weil sie schwere Tierschutz-Verstöße vermuteten. Dabei kam es zu Tätlichkeiten zwischen Mäster und den Tierschützern. Das Heilbronner Landgericht verurteilte daraufhin einen der Tierschützer wegen Hausfriedensbruch mit gefährlicher Körperverletzung. Ein zweiter wurde zu einer Geldstrafe verurteilt. Dr. Eisenhart von Loeper, Vorsitzender der Erna-Graff-Stiftung und Ehrenmitglied unseres Bundesverbandes, kritisierte das Urteil scharf. Er sieht in dem Gerichtsverfahren einen Prozess mit Präzedenzcharakter: „Wir sind es den Tieren schuldig, ihnen gegen jede Qual die zumutbare Nothilfe zu leisten!“ Von Loeper vertritt zudem die Ansicht, dass die Strafgesetzbuch-Paragraphen 32 (Notwehr), 34 (gerechtfertigter Notstand) und 323c (unterlassene Hilfeleistung) hätten angewendet werden müssen. Um eine höchstrichterliche Klärung im Sinne des Tierschutzes zu erwirken, soll das Verfahren nach einer Revision weitergehen, falls nötig bis zum Bundesverfassungsgericht. Der Tierschutz um der Tiere willen und die Gewissensfreiheit der Betroffenen haben – nach Einschätzung von Loepers – durch Artikel 20a des Grundgesetzes höchsten Verfassungsrang. Dieser müsse endlich zur Geltung kommen. Über den weiteren Verlauf des Verfahrens halten wir Sie auf dem Laufenden.

Foto: soylent-network.com

Mit politischen Kampagnen die Ausbeutung beenden

Prof. Dr. Bernd Ladwig ist Professor für politische Theorie und Philosophie am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Menschenrechte. Derzeit arbeitet er darüber hinaus an einem Buch zum Thema Menschen- und Tierrechte. Wir sprachen mit ihm über unsere Verantwortung gegenüber Tieren, über das Verhältnis von Bio-Landwirten und Tierrechtlern und über politisch harte Nüsse bei der anstehenden Bundestagswahl.

Herr Prof. Ladwig, der Schwerpunkt Ihrer wissenschaftlichen Arbeit liegt im Bereich Menschenrechte, Menschenwürde und Gerechtigkeit. Aktuell beschäftigen Sie sich aber auch mit Tierrechten. Wie kam es dazu?

Das liegt daran, dass ich bei der Beschäftigung mit Menschenrechten den Eindruck gewonnen habe, dass die Begründung von Menschenrechten nicht nur für Menschen gilt, sondern letztlich für alle Wesen, die empfindungsfähig sind und eigene Interessen haben. Mit den Tieren teilen wir beispielsweise alle auf Leiden bezogenen Interessen. Auch das Interesse am Weiterleben ist eines, das wir prinzipiell allen empfindungsfähigen Tieren zuerkennen sollten.

Hat es auch mit der gesellschaftlichen Diskussion zu Tierschutz und Tierrechten zu tun, dass Sie die Rechte von nichtmenschlichen Tieren in Ihre Arbeit miteinbeziehen?

Indirekt, bei mir hat sich das auf akademischem Weg ergeben. Als ich mich mit Menschenrechten und mit der angewandten Ethik beschäftigte, stellte ich fest, dass dieser Interessenansatz für mich am überzeugendsten ist. Es war mir irgendwann nicht mehr möglich zu bestreiten, dass Tiere gleichberechtigt dazugehören. Das trifft sich mit den Zielen der Tierschutz- und Tierrechtsbewegung. Das ist von Vorteil, um auch akademisch die Aufmerksamkeit für das Thema zu erhöhen.

Welche ethische Verantwortung haben wir gegenüber dem Tier?

Allgemein gesprochen haben wir mindestens die Verantwortung, Tiere nicht unnötig zu schädigen. Damit ist primär nicht gemeint, dass wir Tiere nicht aus Spaß quälen dürfen, sondern, dass wir beim Konsumieren darauf achten, dass wir keine Tierausbeutungspraktiken unterstützen. Allerdings stoßen Kampagnen, die bei der Konsumenten-Entscheidung ansetzen, auf enge Grenzen. Der Informationsaufwand ist sehr hoch und nicht alle Teile der Gesellschaft werden dem folgen. Deswegen müssen wir unsere Verantwortung gegenüber Tieren über politische Kampagnen wahrnehmen. Diese Initiativen zielen auf institutionelle Rahmenbedingungen, die letztlich die Ausbeutung empfindungsfähiger Tiere ausschließen oder zumindest substanzielle Schritte hin zu diesem Ziel enthalten.

Nach unserer Erfahrung ist es der Politik – sogar den Grünen – sehr schwer zu vermitteln, dass man als Tierrechtler jegliche Nutzung von Tieren ablehnt.

Bei den Grünen lässt sich dieses Spannungsverhältnis besonders gut veranschaulichen, weil sie von den etablierten Parteien am weitesten gehen, etwa bei der Ablehnung der industriellen Tierhaltung. Nach den aktuellen Plänen der Grünen soll diese in den nächsten 20 Jahren abgeschafft werden. Wenn Sie sich den Fleisch-Atlas anschauen, der von der grünen Heinrich-Böll-Stiftung mit herausgegeben wird, dann finden Sie einen sehr starken Bezug zum Biolandbau. Das ist wichtig für die Wählerbasis der Grünen. Bio-Landwirte sind aber keineswegs automatisch Tierrechtler. Viele von denen fühlen sich durch Tierrechtskampagnen eher in Frage gestellt und bedroht. Deswegen halte ich zunächst die Konzentration auf das gemeinsame Ziel, zumindest die industrielle Tierhaltung unmöglich zu machen, für sinnvoll.

Ein reformistischer Ansatz, nämlich bessere Bedingungen für Tiere im herrschenden System zu schaffen, ist aber auch gefährlich. Natürlich wollen wir schnell bessere Bedingungen für alle Tiere – doch damit laufen wir auch Gefahr, die bestehenden Verhältnisse zu legitimieren.

Foto: soylent-network.com

Prof. Dr. Bernd Ladwig

Wenn Sie zunächst Bündnisse gegen die industrielle Tierhaltung schmieden und nicht auf ihrer Maximalforderung beharren, können Sie ihre Bündnisse viel breiter aufstellen. Dann können Sie sich auch mit Akteuren verbünden, die Sie mit einer veganen Kampagne verschrecken würden. Solange die weitergehenden Ziele der Tierrechtsbewegung auch mittelfristig echte Fortschritte ermöglichen, ist das der richtige Ansatz. Grundsätzlich würde ich den Ausdruck „Tierrechte" politisch nicht in den Vordergrund stellen, denn Viele meinen immer noch, dass es gar keinen Sinn hätte, Tieren Rechte zuzusprechen. Man sollte sich zunächst darauf konzentrieren, das vermeidbare Leiden zu beenden. Es ist gut vermittelbar, dass wir Tiere nicht quälen dürfen, um unsere vergleichsweise trivialen Bedürfnisse zu befriedigen.

Sehen Sie bei SPD, aber auch CDU/CSU oder der FDP Anzeichen, dass auch bei diesen ein Umdenken bezüglich der Bedeutung des Tierschutzes stattfindet?

Die größeren Parteien haben verschiedene Abteilungen, die jeweils verschiedene Wählergruppen ansprechen. Die SPD spricht mit ihren Tierschutzanliegen zum Beispiel die akademisch gebildeten, urbanen Mittelschichten an, die für diese Themen eher erreichbar sind als die klassische Arbeitnehmerklientel. Die FDP ist von allen Parteien wahrscheinlich die härteste Nuss. Bei ihr ist das vermutlich größte Hemmnis, dass sie sehr pauschal die Freiheit von Marktakteuren gegen staatliche Gängelung verteidigt und dabei nicht unbedingt unterscheidet zwischen einer Gängelung, die Grundfreiheiten von Menschen beschneidet und Eingriffen, die dazu da sind, die Rechte anderer fühlender Wesen zu schützen. Die CSU hat zum ökologischen Landbau ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits haben wir einen ziemlich unmöglich agierenden CSU-Landwirtschaftsminister, dem es vor allem darum zu gehen scheint, Bezeichnungen wie Tofu-Wurst zu verbannen. Auf der anderen Seite ist die CSU traditionell darauf angewiesen, auch für kleinere Landwirte wählbar zu sein. Deswegen gibt es bei der CSU auch ökonomische Interessen, die in Richtung von mehr Tierschutz gehen.

Derzeit versucht man in den USA auf juristischem Weg Persönlichkeitsrechte für Menschenaffen zu etablieren. Halten Sie dieses Vorgehen für zielführend, um die Rechte für nichtmenschliche Tiere voranzubringen?

Ich finde diese Ansätze grundsätzlich richtig, wobei sie vor allem als Türöffner zur Anerkennung einer tierlichen Rechtsperson zu verstehen sind. Prinzipiell liegt der Wert solcher Kampagnen für Primatenrechte darin, dass man im Recht den Gedanken verankert, dass auch nichtmenschliche Tiere subjektive Rechte im juristischen Sinne haben. Nun ist dies zunächst beschränkt auf die sogenannten höheren Tiere, die uns besonders nahe stehen, also andere Primaten. Aber es ist nur logisch, dass dies nur ein Anfang ist. Wenn erstmal am Beispiel von Schimpansen oder auch Delfinen eine tierliche Rechtsperson etabliert ist, dann könnte man prinzipiell auch einen Schritt weiter gehen und zum Beispiel auch Schweine oder andere sogenannte Nutztiere mit einbeziehen.

Das Interview führte Christina Ledermann.

Crossover-Speisekarte: Das Restaurant VegeNation. Foto: Katja Früh

Viva Las Vegans!

„Glücksspiel, Showgirls, Neon und Elvis", das sind gemeinhin die ersten Gedanken zur Wüstenmetropole Las Vegas. „Sin City" ist der Beiname der Stadt. Aber reduziert man die unwirtlich gelegene 600 000-Einwohner-Oase auf ein Disneyland für Erwachsene, tut man ihr unrecht. Katja Früh hat sich in der größten Stadt Nevadas auf vegane Spurensuche gemacht – und dabei Erstaunliches erlebt. Es kann doch kein Zufall sein, dass sich die Einwohner selbst „Las Vegans" nennen, oder?

In Las Vegas kann man seine gesamten Ersparnisse auf Rot setzen und alles verlieren oder mit dem Jackpot einer Slot Maschine namens „Betty the Yeti" ein Sabbatjahr gewinnen. Rauchen ist auch in geschlossenen Räumen kein Problem, Cannabis-Verkauf ist seit dem 1. Juli legal und Alkohol gibt es für Spieler*innen in Casinos gratis, wenn man der Cocktail-Dame ein Lächeln und einen Dollar schenkt. Wir aber begeben uns trotz all des verlockenden Glitters auf eine andere Spur. Denn in dieser Stadt, die rund ums Jahr 24 Stunden geöffnet ist, die täglich Gastgeberin für erbärmliche JungesellInnen-Abschiede sein muss und in der unglückselige einstige Glücksritter*innen nun obdachlos in den Abwasserkanälen leben, gibt es eine beachtliche Alternativkulturszene, inklusive Artsdistrict, Musik-Festivals und einer lebendigen Vegan-Szene. Hier etwa wird das global gehypte und bislang nur in wenigen Restaurants in den USA servierte „Impossible Foods"-Kunstfleisch serviert. Und wo sonst gibt es einen veganen Drive Thru?

Willkommen bei VegeNation

Erstmalig angekommen in Las Vegas ist alles anders: Langstreckenflugerschöpft schluckt der Teppichboden des Terminals den Hall der Schritte und alles, was man hört, ist ein mittelfernes, ewiges Dingeling. Die Stadt macht keinen Hehl daraus, was sie will. Kaum sind die schweren Beine aus dem Flugzeugsitz geklappt, soll man bitteschön das erste Geld in die Spielmaschinen stecken. Wir widersagen der Verlockung. Erstmal. Die Verpflegung im Flugzeug war mau, so beschließen wir, erst einmal Essen zu gehen. Das tun wir Downtown bei VegeNation. Das Restaurant, etwas abseits der dortigen Partymeile Fremont Street gelegen, verspricht „fresh global Streed Food that makes you feel really damn good". Und das bringt genau unsere Bedürfnisse nach 14 Stunden Anreise auf den Punkt. Donald Lemperle, aus einer Gastronomen-Familie stammend, änderte seine Ernährung aufgrund einer Krebsdiagnose. Nach überstandener Krankheit und positiv überrascht von den Auswirkungen seines

Verzichts auf Nahrungsmittel tierischen Ursprungs begann der Koch ein veganes Gastronomie-Konzept zu entwickeln: VegeNation wurde 2014 eröffnet. Cross Over ist die Speisekarte: Für Detox-Purist*innen oder, so die Kellnerin augenzwinkernd – als „ultimative Hangover-Hilfe" – gibt es einen Ananas-Orange-Kokos-Kohl-Smoothie, im Angebot sind außerdem ein klassischer „Power Haus-Salat" mit Grünzeug vom Bauernmarkt und „selbst angebauten Kräutern", Tacos, Bowls mit Hühnchen-Substitut und einiges mehr. Müde und uns durchaus „really damn good" fühlend fallen wir ins Hotelbett.

Wie möchten Sie ihren veganen Burger? Blutig!

Besonders gespannt sind wir darauf, das "Impossible Foods"-Kunstfleisch zu probieren. Vollmundig wurde das Fleisch als Nahrungssensation gefeiert. Es ist 100 Prozent pflanzlich und wegen der Geheimzutat Häm (pflanzliches Hämoglobin) – künstlich aus Hefe im Reagenzglas entwickelt – wird dem Hackfleisch-Ersatz die Textur, der Geschmack und sogar das Bluten von Fleisch nachgesagt. Das Fleisch-Surrogat besteht neben Häm primär aus Weizen, Kokosnuss-Fetten und Kartoffel-Proteinen. Das Start up-Unternehmen aus dem Silicon Valley, dessen Produkt es zur Zeit ausschließlich in einigen wenigen Restaurants gibt, macht eine einfache Rechnung in Sachen Gesundheit und Umweltverträglichkeit auf: „Weil wir 0 Prozent Kühe nutzen, sind zur Herstellung des Impossible Burgers nur ein Bruchteil der natürlichen Ressourcen nötig. Im Vergleich zu Kühen benötigt der Impossible Burger 95 Prozent weniger Land und 74 Prozent weniger Wasser und verursacht 87 Prozent weniger Treibhausgas. Und er ist 100 Prozent frei von Hormonen, Antibiotika und künstlichen Zusatzstoffen".

Aber wie schmeckt die sagenumwobene Bulette, für die kein Tier starb, denn nun?

In Las Vegas wird der Impossible Foods-Burger exklusiv im „Andrea's" serviert, einem gehobenen Restaurant im Wynn-Casino. Der namensgebende Mogul zum Spielhallenkomplex lebt selbst vegan. Im „Andrea's" kommt indes alles auf den Tisch: Fleisch, Fisch, Vegetarisches".

Wir sind zu zweit zu Gast, zwei Kellner kümmern sich um unser Wohl und tauschen Gläser, nachdem wir kurz genippt haben und öffnen dienstbar die Tür zum Frischmach-Raum.

Das Essen ist erstaunlich! Da wir selbst seit Jahrzenten kein Fleisch konsumieren, ist es überraschend, ein derart saftiges Fleisch-Surrogat zu essen. Das Gefühl bei den ersten Bissen in die fleischliche Textur ist irritierend: So erinnern wir den letzten realen Hackfleisch-Burger, vor einer kleinen Ewigkeit gegessen, von Geschmack und Haptik – jetzt schmeckt es nur besser! Selbstverständlich sind die Speisen liebevoll angerichtet: Die Pattys kommen im Warmhaltepfännchen mit etlichen Zutaten zum individuellen Burger-Basteln. Die Meatballs werden im Lava-Schälchen serviert, mit einer siedenden asiatischen Brühe übergossen und garen am Tisch unter den Augen des staunenden Gastes zu Ende. Alain, ein fleischessender Servicemitarbeiter, ist sich sicher: „Näher kommt man an ein authentisches Fleischerlebnis nicht ran."

Erstaunlicher Geschmack: der "Impossible Foods"-Kunstfleisch-Burger (links). Serviert wird er im „Andrea's", einem gehobenen Restaurant im Wynn-Casino. Fotos: Katja Früh

Hoffnungsträger Kunstfleisch?

Wiesenhof-Chef Peter Wesjohann wurde kürzlich in einem Interview gefragt, ob es ihm als Leiter eines Fleischkonzerns Angst mache, dass Wissenschaftler und Top-Investoren am Fleisch aus der Petrischale arbeiten? Dies verneinte er, sagte aber auch, dass Wiesenhof diese Entwicklungen genau beobachte. Es sei gut möglich, dass Wiesenhof irgendwann einmal ein Forschungslabor statt einen Schlachthof bauen würde.

Der Trendforscher Sven Gabor Janszky sieht zwei wirkliche Fleischtrends. Zum einen würde in Europa zukünftig weniger Fleisch gegessen. Allerdings sei dies ein langsamer Rückgang, der in der Gesamtbilanz kaum ins Gewicht falle. Als bedeutsamer sah er die globale Entwicklung: In den kommenden Jahren würde der Fleischkonsum in Asien und Afrika massiv ansteigen. Dieser wachsende Bedarf könne über die sogenannte natürliche Produktion über das Tier nicht gedeckt werden. Dies sei zudem wegen der klimaschädlichen Emissionen ökologisch nicht zu verantworten. Dann würde künstlich hergestelltes Fleisch, das genauso aussieht und schmeckt wie natürliches, zur günstigeren und klimafreundlichen Alternative. Dies sieht auch Mark Post so, In-Vitro-Forscher am Physiologischen Institut der Universität Maastricht. Auch er ist der Ansicht, dass der weltweit ansteigende Fleischkonsum nicht bedient werden kann, ohne die Ressourcen weiter zu zerstören.

Kunstfleisch hat ein Akzeptanzproblem

Während die Entwicklung von Eigenschaften und Geschmack des künstlichen Fleisches vielversprechend sind und sich auch für die hohen Produktionskosten Lösungen finden, wird das größte Hemmnis wahrscheinlich die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz sein. Wim Verbeke, Professor für Agro-Food-Marketing an der Universität Gent, hat herausgefunden, dass Männer fünfmal lieber als Frauen sogenanntes Cultured Meat probieren – vor allem wegen der darin enthaltenen Proteine. Es ist und bleibt Geschmackssache, ob man Kunstfleisch (oder Fleischersatz überhaupt) essen möchte oder nicht.

Das ethische Argument ist jedoch keine Geschmackssache. Denn es ist eine Tatsache, dass für künstlich hergestelltes Fleisch in Zukunft keine Tiere mehr in Enge und Gestank vegetieren müssen, um dann nach einem leidvollen kurzen Leben getötet zu werden – von den ökologischen Folgen ganz abgesehen.

Fast and furious

Schnell muss nicht schlecht sein! Kenny Chye, Besitzer und Chefkoch des gut eingeführten Veggie House im China-Town von Las Vegas, hat einen Traum: Er möchte ein Fast Food-Imperium für gute, vegane Produkte in den USA etablieren. Seinen ersten veganen Drive Thru eröffnete er 2016 abseits von touristischen Zielen in einem Wohngebiet. Dort gibt es ein Menü samt Softdrink für unter zehn Euro. Auf der rein veganen Speisekarte stehen frittierte Hühnchen, Burger, Sandwiches, frittiertes Gemüse und Shakes.

„Hier arbeiten ausschließlich vegane Leute“, erklärt Athena, die heute den Laden gemeinsam mit ihren Kolleg*innen Claudia und Mario schmeißt. Die freundliche Küchencrew ist aktiv in Sachen Tierrechte. Mario lädt uns zu einem Treffen einer lokalen Gruppe ein und gibt uns reichlich Info-Material. Vege-Way ist mittags ausnehmend gut besucht und das Publikum erfrischend heterogen: Die Familie von nebenan macht Pause nach einem Großeinkauf und teilt sich einen Diner-Tisch mit einem Hipster-Pärchen aus San Diego. Wir freuen uns auf die Burger, die mit Süßkartoffeln und Softdrinks kommen! Diesmal testet auch eine Kanivorin das Produkt und schmeckt „absolut keinen Unterschied“. Der Pflanzen-Patty, den wortwörtliche Las Vegans auch fürs heimische Grillen roh in einer Großpackung mit nach Hause nehmen können, überzeugt ebenfalls auf ganzer Linie. Er ist zwar etwas weniger saftig als der Impossible-Foods-Burger, aber ebenfalls köstlich! Als wir uns zufrieden die letzten Reste der veganen Sauce aus den Lippenwinkeln wischen, werden wir noch zu Shakes eingeladen. Dankeschön! Mit den köstlichen Erdbeer-Getränken auf Mandelmilchbasis wird ein weiterer Tipp serviert: Eine vorzügliche vegane Donut-Bäckerei liegt nur ein paar Blocks entfernt. Ein Geschäft, das natürlich genau auf unserem Weg liegt...

Veganes Fastfood (links), serviert von Athena im Vege-Way (rechts) Fotos: Katja Früh

Das vegane Gebäck von „Ronalds's Donut" hat sogar Stammkunden aus New York.

Fotos: Katja Früh

Donuts für New York

Ronald's Donut liegt im asiatischen Viertel der Wüstenmetropole neben dem Fischladen „Lucky Tropical Fish", umgeben von japanischen Sushi Bars, Asia-Shops und Feng Shui-Galerien. Betritt man das Geschäft, meint man aus der Zeit gefallen und direkt in einem 80er Jahre High-School-Drama gelandet zu sein: Rote Schalensitze und graue Tische dienen dem Sofortverzehr und ein handgeschriebener Zettel ermahnt mit „Cash only!" daran, im Land, in dem selbst ein Softdrink selbstverständlich mit Kreditkarte bezahlt wird, das Plastikgeld lieber in der Tasche zu lassen. Für den Naschwarenladen gibt es keine eigene Internetpräsenz, dafür schwärmen die Menschen bei Facebook, Tripadvisor und Yelp vollmundig über die süßen Sachen.

Die freundliche Fachfrau fürs Hochkalorische erklärt uns ihr Angebot und erzählt, dass Ronald's Donut „schon ewig, bestimmt seit mindestens zehn Jahren, vegane Donuts anbietet", während sie unser Kringelgebäck vorsichtig einpackt. „Wir haben viele vegane Stammkunden. Manche kommen sogar aus Los Angeles und New York und nehmen einen riesigen Karton voller tiergefrorener Donuts mit!", bemerkt sie. Wir lassen eine kleine Handvoll Dollar auf der Theke liegen, nehmen unsere pinkfarbene Box und probieren bereits auf dem Parkplatz. Die Backwaren sind herrlich saftig und, passend zur Stadt, definitiv eine Sünde wert!

Las Vegas vegan

Vegan + vegetarisch essen für jeden Tag:

» **VegeNation**
www.vegenationlv.com

Vegetarisches Fine Dining samt Impossible Foods-Burger:

» **Andrea's im Wynn**
www.wynnlasvegas.com/Dining/FineDining/Andreas

» **Impossible Foods**
www.impossiblefoods.com

Veganes Fast Food:

» **Vege-Way**
www.vegewaylv.com

» **Ronalds's Donut** (*keine eigene Internetseite*)
www.tripadvisor.de/Restaurant_Review-g45963-d1035731-Reviews-Ronald_s_Donuts-Las_Vegas_Nevada.html

Kunst-Ei

Das klassische Frühstücksei ist noch Zukunftsmusik

Die weltweite Eierproduktion hat unvorstellbare Ausmaße. Laut FAO wurden im Jahr 2014 über eine Billionen Eier weltweit produziert – mit den bekannten Folgen für Tiere und Umwelt. Deutschland ist im Vergleich zu China und den USA noch ein kleiner Produzent.

In den USA haben sich aktuell zwei Firmen der Entwicklung von künstlichem Ei verschrieben: Seit 2014 macht ein Startup mit dem ursprünglichen Namen Hampton Creek, jetzt EatJust, mit der Mission auf sich aufmerksam, das tierische Ei komplett zu ersetzen. Geschäftsführer Josh Tetrick gewann dafür finanzstarke Investoren und Wissenschaftler von Google und Unilever sowie namenhafte Chefköche. Ein Patent wurde in 2012 eingereicht (Pub. No.: US 2014/0356507 A1). Die eifreie Mayonnaise von EatJust hat bereits einen großen Marktanteil in den USA erobert. Der Fokus liegt momentan auf den geschmacklichen und Textureigenschaften von Ei-Eiweiß. Es soll die Eigenschaften von klassischem Ei-Ersatz übertreffen. Allerdings vertreibt die Firma ihre Eiersatzprodukte nicht in Reinform, sondern nur in Form von Fertigprodukten wie Mayonnaise, Dressing, Teig und Keksen. Da die Firma ihren Ei-Ersatz nicht als Rohmaterial wie Eiklar oder Eiersatzpulver anbietet, kann es die Nahrungsmittelindustrie nicht im großen Stil für andere Produkte einsetzen.

Vielversprechender erscheint ein weiteres US-Startup namens Clara Foods, das Ei-Eiweiß mit Hilfe von Hefe produzieren will. Die Entwickler haben die wichtigsten Proteine im Eiweiß ermittelt und wollen die Binde-, Koch- und Geschmackseigenschaften von Eiern nachbilden und optimieren. Clara Foods hat 2015 ebenfalls ein Patent angemeldet (WO/2016/077457). Während der Ersatz von Ei und verarbeiteten Produkten möglich ist, gibt es jedoch noch keine Lösung für das klassische gekochte Frühstücksei mit Dotter. Wer es kennt, weiß jedoch, dass ein gut gewürzter Rührtofu durchaus ein adäquater Ersatz für ein Rührei ist.

Uwe Kaeufer

Die Abschaffung der Tierausbeutung steht leider nicht zur Wahl!

Der in Leipzig lebende Künstler Hartmut Kiewert begreift sich selbst als Tierbefreiungsaktivist. Im Interview berichtet er über Kunst als Aktionsform, seine Vision einer herrschaftsfreien Gesellschaft und was er von der anstehenden Bundestagswahl für die Tiere erwartet.

Herr Kiewert: Unser Umgang mit unseren Mitgeschöpfen ist in Ihren Arbeiten allgegenwärtig. Gab es ein Schlüsselerlebnis, das Sie dazu motivierte, sich gegen die herrschende Ausbeutung der nicht-menschlichen Lebewesen einzusetzen?

Im Grunde war es eher eine sukzessive Entwicklung. Als ich als Kind herausgefunden hatte, wo Fleisch herkommt, war ich entsetzt. Ich wollte nicht, dass Tiere für mein Essen sterben. Meine Eltern sagten mir dann aber, Fleischessen sei nun mal natürlich und notwendig. Damals glaubte ich diese karnistische Argumentation, war aber zutiefst traurig und desillusioniert darüber, in was für einer Welt ich lebe. Soweit ich mich erinnere, war das der erste große Schock, noch bevor ich von Umweltzerstörung, Kriegen und anderem destruktiven Verhalten des Menschen Notiz nahm. Bis ich zu all diesen Dingen eine aktivistische Haltung einnahm, dauerte es aber noch eine ganze Weile.

Sie sagen, die Malerei sei für Sie ein adäquates Terrain, um das Problem der Mensch-Tier-Beziehung neu zu verhandeln. Was kann Kunst hier bewirken?

Es ist natürlich eine große Frage, inwiefern Kunst tatsächlich konkret gesellschaftsveränderndes Potenzial entwickeln kann. Was aber wohl zutrifft ist, dass in der Kunst das Utopische aufgehoben, also bewahrt werden kann. Zudem hatte und hat Kunst durchaus eine Wirkung darauf, wie gesellschaftliche Zusammenhänge wahrgenommen werden. Sie kann sich affirmativ oder kritisch zum Bestehenden verhalten. Insofern sehe ich meine Bilder zumindest als eine Intervention, als einen Versuch, gewohnte Sichtweisen auf »das Tier«, insbesondere auf sogenannte »Nutztiere«, in Frage zu stellen. Ich beteilige mich natürlich auch an konkreten Demos und Aktionen gegen Tierausbeutung, etwa gegen den Verkauf von Pelz oder die Zurschaustellung von nicht-menschlichen Tieren in Zoos und Zirkussen.

Während sich bei Ihren früheren Werken eher schlachthausähnliche Szenen finden, zeigen die aktuellen eher Utopien, bei denen Tiere und Menschen friedlich nebeneinander existieren. Welcher innere Prozess steckt hinter dieser Entwicklung?

Als ich anfing, mich mit dem gesellschaftlichen Mensch-Tier-Verhältnis auseinanderzusetzen, fand ich lange gar keine andere (Bild-)Sprache als eine, die den Menschen dieses schreckliche und meist verdrängte Gewaltverhältnis der Tierausbeutung unmittelbar vor Augen hält. Mit der Zeit wollte ich versuchen, diese Gewalt zumindest im Bild aufzubrechen und ein Gegen-Narrativ aufzubauen. So entwickelten sich dann langsam Bildwelten, in denen sogenannte »Nutztiere« vor den Ruinen von Mastanlagen und Schlachthöfen oder an Orten auftauchen, an denen wir sie nicht erwarten würden, etwa im Wohnzimmer oder im Einkaufszentrum. Diese Bilder zeigen konkrete Visionen eines neuen, nicht mehr auf Ausbeutung und Objektivierung beruhendem, Mensch-Tier-Verhältnisses. Damit verweisen diese Bilder natürlich auch darauf, dass es so noch nicht ist und wenden sich in subtiler Weise gegen die bestehende Gewalt.

Das „Mensch-Tier-Verhältnis" ist mittlerweile im gesellschaftlichen Diskurs angekommen. Doch welche Qualität hat diese Diskussion?

Das kommt natürlich darauf an, wer sich wie an diesem Diskurs beteiligt. Natürlich würde ich mir wünschen, dass radikalere Positionen, welche die Tierausbeutung grundsätzlich abschaffen wollen, mehr Raum in den geführten Debatten einnehmen. Bei genauer Betrachtung wird die Inkonsistenz und Widersprüchlichkeit der Positionen der Tierausbeutungsbefürworter recht schnell ersichtlich, während einer Tierrechts- beziehungsweise einer Tierbefreiungsposition oft nichts weiter entgegen gesetzt werden kann als „aber Fleisch schmeckt doch so lecker". Auffällig ist, dass diese Position in Talkrunden oft von alten Männern hervorgebracht wird. Das sollte also Hoffnung darauf machen, dass die jüngere Generation einer anderen Sichtweise aufgeschlossen ist. Wenn also die Debatte ernsthaft weitergeführt wird – und ich denke, da gibt es durch die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die kognitiven und emotionalen Fähigkeiten von Tieren erstmal kein Zurück – haben wir gute Chancen, zu gewinnen.

In Ihrer Diplomarbeit schreiben Sie, dass eine Überwindung der jetzigen Herrschaftsverhältnisse nur durch eine Umwälzung der gesellschaftlichen Beziehungen und Produktionsverhältnisse möglich ist. Was könnte im besten Falle am Ende eines solchen Prozesses stehen? Was ist Ihre Vision?

In einer herrschaftsfreien Utopie würde es weder Herrschaft noch Ausbeutung geben. Die Bedürfnisse von nicht-menschlichen Tieren würden berücksichtigt, etwa durch eine ganz andere Form der Mobilität, die die Lebensräume anderer Tiere nicht zerschneidet, eine bio-vegane Landwirtschaft und Architekturen und Städteplanungen, die versuchen, neue Nischen zu schaffen, in denen andere Tiere einen Lebensraum finden können.

Hartmut Kiewert

Hartmut Kiewerts Bilder zeigen Visionen eines neuen Mensch-Tier-Verhältnisses.

Welche Aktionsformen halten Sie für effektiv, um Veränderungen zu erreichen?

Ich finde Aktionsformen am sinnvollsten, die direkt auf das zu bekämpfende Problem einwirken, wie zum Beispiel Blockaden, Besetzungen, Sabotagen, Kommunikationsguerilla oder wilde Streiks. Der Vorteil von direkten Aktionen ist, dass hierbei keine Anrufung der Machtinstitutionen stattfindet. Bei aller Kritik, die in einem Protest, der sich an die bestehenden Herrschaftsinstitutionen richtet, vermittelt wird, bleibt immer das Moment der Affirmation dieser Herrschaft selbst, eben dadurch, dass sie durch die Anrufung als zuständig und handlungsmächtig akzeptiert wird. Trotzdem halte ich auch appellative Aktionen, wie etwa klassische Demos für sinnvoll und beteilige mich auch daran. Grundsätzlich finde ich die Vielfalt der Aktionsformen wichtig. Der Protest gegen die Castortransporte sei hier als erfolgreiches Beispiel der Schlagkräftigkeit von unterschiedlichsten Aktionsformen und Strategien genannt. Dort hat sich keine der Akteur*innen als Hegemoniale etablieren können und gerade die Vielfalt und damit Unberechenbarkeit hat diesen Protest so erfolgreich gemacht.

Was kann der/die Einzelne tun?

Ich würde es natürlich sehr begrüßen, wenn mehr Menschen aktiv werden und nicht in der Rolle als Konsument*in stecken bleiben. Gerade die Entwicklung der Fleischproduktion in Deutschland zeigt, dass Konsumverweigerung von Fleisch und das Kaufen von veganen Produkten allein nicht ausreicht, um Tierausbeutung zu beenden. Wir müssen auch direkten Druck auf die Tierausbeutungsunternehmen und die Politik, die diese protegiert, aufbauen. Des Weiteren ist grundsätzliche Skepsis, also das permanente Infragestellen von allem, auch möglicher Alternativen, wichtig.

Hand auf's Herz, glauben Sie, dass sich in naher Zukunft für die Tiere etwas Substanzielles ändern wird?

Also ich hoffe das natürlich! Wenn es in naher Zukunft positive Veränderungen geben wird, die zu einer Reduzierung der Tierausbeutung führen, werden diese vermutlich auch zu einem großen Teil umweltpolitisch – Stichwort Klimawandel – motiviert sein. Wenn wir als Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung Allianzen auch mit anderen Bewegungen wie zum Beispiel der Klimabewegung eingehen, breitere Bündnisse schmieden und unsere Forderungen auch in andere Bewegungen hineinbringen, haben wir gute Chancen. Das Netzwerk Animal Climate Action ist zum Beispiel ein guter Ansatz. Bis sich der Status von nicht-menschlichen Tieren wirklich grundlegend ändert, ist allerdings noch sehr, sehr viel zu tun!

Die nächste Bundestagswahl steht an. Erwarten Sie, dass diese Wahl Veränderungen für die Tiere bringen wird?

Leider steht die Abschaffung der Tierausbeutung nicht zur Wahl. Aus herrschaftskritischer Perspektive sind Wahlen vor allen Dingen auch Veranstaltungen zur Herrschaftslegitimation. Egal was mensch wählt, am Ende kommt in jedem Fall Deutschland mit Knästen, Polizei, Bundeswehr und eben auch rechtlich abgesicherter Tierausbeutung heraus. Sicherlich haben die unterschiedlichen Parteien das Thema Tierschutz mehr oder weniger auf ihrer Agenda, grundlegende positive Änderungen erwarte ich allerdings nicht durch Wahlen. Wirklich positive, emanzipative Veränderung kommt hingegen immer direkt von den Menschen selbst, durch direkte Einmischung und Veränderung des Alltäglichen. Es hängt also weniger an der „Farbe der Partei", die an der Regierung ist, als an dem gesellschaftlichen Druck, der gegen die zerstörerische, kapitalistische Verwaltung der Welt und damit auch gegen die Tierausbeutung von den Menschen selbst aufgebaut wird.

Das Interview führte Christina Ledermann.

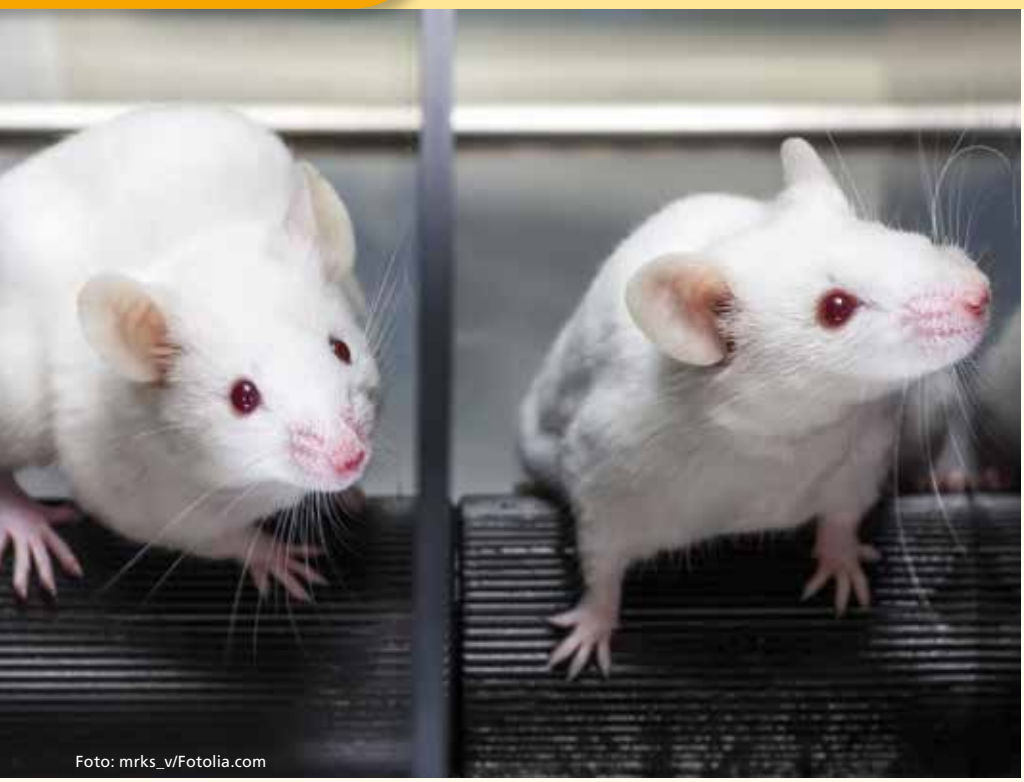

Foto: mrks_v/Fotolia.com

Über siebzig Mäuse wie diese litten in dem illegalen Tierversuchslabor an der Universität Münster.

Illegales Tierversuchslabor in Münster

Am 21. Juni wurde im Keller der Medizinischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) in Münster ein illegales Tierversuchslabor mit 77 Mäusen entdeckt. Sechs Mäuse mussten wegen ihres schlechten Zustandes vom Amtstierarzt getötet werden. Die zuständige Veterinärbehörde geht davon aus, dass die Tiere in ungenehmigten Tierversuchen eingesetzt und über längere Zeit erhebliche Schmerzen und Leiden ertragen mussten. Die Stadt erstattete Strafanzeige gegen drei Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät. Nach Ansicht des Bundesverbandes zeigt dieser aktuelle Skandal, dass die vorhandenen Rechts- und Kontrollvorschriften illegale Tierversuche nicht verhindern können. Nach Bad Nauheim und Jena ist dies der dritte bekanntgewordene Fall seit 2015, bei dem ungenehmigte Tierversuche festgestellt wurden. In solchen geheimen Laboren sind die Tiere den Forschern schutzlos ausgeliefert. Nach Ansicht des Bundesverbandes ist es bezeichnend, dass es wieder ein Whistleblower war, der die Behörden informierte. Dies zeigt, dass eine Aufstockung der Veterinärbehörden die dringlichste Maßnahme ist. Die Behörden müssen so ausgestattet sein, dass sie Tierversuche zu jedem Zeitpunkt lückenlos überwachen können. Die meisten Veterinärämter sind jedoch unterbesetzt. Weitere entscheidende Maßnahmen, um illegale Tierversuche zu vermeiden, sind die Einrichtung von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften für Tierschutz und die Tierschutz-Verbandsklage. Was die beschuldigten Wissenschaftler betrifft, so müssen diese hart bestraft werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass sie lebenslang keine Tierversuche mehr durchführen können.

Chemikalienzulassung: 60.000 Tiere gerettet

Der europäischen Koalition zur Beendung von Tierversuchen (ECEAE), der auch der Bundesverband angehört, ist es gelungen, seit 2012 etwa 60.000 Tiere in der EU vor dem Tierversuch zu bewahren. Ein Hersteller oder Vermarkter von Chemikalien muss in Europa gewährleisten, dass seine Produkte sicher für Mensch und Umwelt sind. Gemäß der europäischen Chemikalienrichtlinie (REACH) führt er dazu Tierversuche durch, wenn es keine anerkannten tierversuchsfreien Verfahren gibt. Bevor er jedoch Tierversuche durchführen darf, muss er erst belegen, dass diese Sicherheitstests nicht auch ohne Versuche an Wirbeltieren beurteilt werden können. An dieser wichtigen Schnittstelle hakte der Prozess. Hier nutzte die ECEAE ihren Einfluss und erhob Einspruch, wenn sie die Möglichkeit sah, geplante Tests an Tieren zu verhindern – mit Erfolg. In fünf Jahren konnten die EU-Tierversuchsgegner so rund 60.000 Tiere, vor allem Kaninchen und Ratten, vor dem Versuch bewahren. Möglich wurde dies auch durch eine erfolgreiche Beschwerde durch die ECEAE beim Europäischen Ombudsmann im Jahr 2013. Er entschied, dass die europäische Chemikalienagentur (ECHA) dafür sorgen muss, dass unnötige Tierversuche für die Sicherheitsbewertung von Chemikalien vermieden werden.

Zentrum soll Übertragbarkeit von Tierversuchen prüfen

Die neue Landestierschutzbeauftragte in Baden-Württemberg, Dr. Julia Stubenbord, plant die Einrichtung eines Zentrums, das die Übertragbarkeit von Tierversuchen auf den Menschen überprüft. Ziel ist unter anderem, durch sogenannte Metaanalysen dazu beizutragen, die Zahl der Tierversuche zu verringern. Zudem sieht sie in Baden-Württemberg das wissenschaftliche Potential, sich mit der Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren zu profilieren. Sie verweist auf den niederländischen Abbauplan für Tierversuche und fordert Bund und Länder auf, mit mehr Forschungsgeldern größere Anreize für die Entwicklung tierversuchsfreier Verfahren zu schaffen. Von der Wissenschaft erwartet sie, Tierversuche kontinuierlich auf ihre Unerlässlichkeit zu prüfen und selbst Lösungen zu finden, wie mit der Vielzahl an nicht veröffentlichten tierexperimentellen Studien mit negativen Ergebnissen umgegangen werden soll.

Proband stirbt nach Tierversuchen

Im Januar 2016 starb ein Proband im französischen Rennes bei klinischen Tests einer pharmazeutischen Substanz mit der Bezeichnung BIA 10-2474. Bei vier weiteren Probanden traten neurologische Beschwerden auf, bei dreien stellten die Ärzte Hirnblutungen und eine Zerstörung von Nervengewebe fest. Der klinischen Studie waren umfangreiche Tierversuche an Mäusen, Ratten, Hunden und Affen vorausgegangen. Bei den Tieren waren derartige

Der Bundesverband zieht um

Zum 1. Oktober zieht unsere Geschäftsstelle von Aachen nach Erkrath bei Düsseldorf um und damit auch näher an die NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf und das Landessbüro der anerkannten Tierschutzverbände.

Die neue Adresse lautet:
Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.
Mühlenstr. 7a, 40699 Erkrath

Bei Bankverbindung und Internetseite bleibt alles beim Alten. Über die telefonische Erreichbarkeit informieren wir Sie in Kürze

Schäden nicht aufgetreten. Wissenschaftler der Universität Leiden veröffentlichten im Juni 2017 im Fachjournal „Science“ neue Erkenntnisse, wie es zu den Nebenwirkungen und dem Tod des Probanden kommen konnte. Sie wiesen darauf hin, dass die Sicherheitsprüfung von BIA 10-2474 im Tierversuch die Nebenwirkungen beim Menschen nicht vorhersagen konnte. Dies unterstreiche die Wichtigkeit, Wirkstofftests auf neue humane Zellmodelle auszuweiten, mit denen das Sicherheitsprofil experimenteller Arzneistoffe besser abgeschätzt werden könne. Für den Bundesverband ist dies ein weiterer Beleg dafür, dass die Übertragung von Tierversuchsergebnissen auf den Menschen lebensgefährlich sein kann. Er forderte die Politik erneut auf, die Entwicklung humanspezifischer tierversuchsfreier Verfahren besonders zu fördern.

Berlin: 1,9 Mio. Euro für tierversuchsfreie Verfahren

Die Berliner Landesregierung und die Charité haben einen Vertrag geschlossen, mit dem Tierversuche in Berlin zukünftig vermieden werden sollen. Gemeinsam mit den Berliner Universitäten, dem Institut für Gesundheitsforschung und dem Max-Delbrück-Centrum (MDC) soll das „Neudenken in der biomedizinischen Forschung mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung und Implementierung von Alternativmethoden zu Tierversuchen“ vorangetrieben werden. Dafür soll ein eigenes Institut aufgebaut werden, das tierversuchsfreie Methoden erforschen soll. Das Land will dem Institut von 2018 bis 2022 zwischen 1,2. bis zu 1,9 Mio. Euro jährlich zur Verfügung stellen. Aktuell sind im Vertrag Zuschüsse von insgesamt 8,6 Mio. Euro für die kommenden fünf Jahre gesichert. Ein Gesamtfinanzierungskonzept steht noch aus.

Tierversuche: Wegweisender Antrag scheitert im Bundestag

Der am 28. März 2017 eingebrachte Antrag „Tierversuche beenden“(18/11724) der Bundestagsfraktion die Linke wurde am 28. Juni von den beteiligten Ausschüssen abgelehnt. Dies ist äußerst bedauerlich, da der Antrag viele Forderungen unseres Verbandes enthielt, beispielsweise einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan, eine Umverteilung von Forschungsmitteln zugunsten der Weiter- und Neuentwicklung tierversuchsfreier Methoden sowie spezielle Förderprogramme. Weitere Forderungen waren das Verbot von Tierversuchen mit schweren Schmerzen und Leiden, eine nachträgliche Bewertung aller durchgeführten Tierversuche sowie eine unabhängige Schaden-Nutzen-Analyse durch die zuständigen Genehmigungsbehörden. Gegen den Antrag stimmten CDU/CSU und SPD. Grüne und Linke sprachen sich für den Antrag aus. Die Politik-Taktik, sich als Regierungsfraktionen mit daten- und faktenbasierten Sachargumenten von Oppositionsanträgen nicht profund auseinanderzusetzen, wurde hier wieder einmal deutlich. Die Gegenargumente von CDU/CSU sind oberflächlich und weichen dem Kernanliegen des Antrages aus. Die SPD setzt sich mit Ursachen, Begründungen und Maßnahmen des Antrages deutlich differenzierter auseinander als die Christdemokraten. Die Grünen teilen das Kernanliegen des Antrages, nämlich effektive und effiziente Maßnahmen durchzusetzen, um über den Abbau der Tierversuche deren Ende bestmöglich zu verfolgen. Auch wenn der Antrag gescheitert ist, so hat er doch zu einer wertvollen Standortbestimmung der Parteien für eine wirksame Reduktion der Tierversuche geführt und eine eindrucksvolle Visitenkarte für die Bundestagswahl hinterlassen. Zudem besteht die Chance, dass die Inhalte des Antrages von den anderen Parteien unter ihrem Namen wieder eingebracht werden.

Master-Studiengang Tierrechte

Den ersten Master-Studiengang zum Thema „Tierrecht und Gesellschaft“ gibt es in Barcelona. Ziel des Studiums ist es, den Tierschutz wissenschaftlich besser zu untersuchen und Menschen auszubilden, die dazu beitragen, den Tierschutz gesetzlich zu verankern. Die Dozenten stammen aus den Fachbereichen Recht, Tiermedizin, Philosophie, Biodiversität und Politikwissenschaften. Unterrichtet wird auf Englisch oder Spanisch - den beiden offiziellen Sprachen des Studiengangs.

Mehr Infos unter:
www.derechoanimal.info

Foto: soylent-network.com

Sie leiden und sterben für die Mode: Nerze auf einer Pelztierfarm. Auch mit diesen Thema beschäftigt sich der Studiengang „Tierrecht und Gesellschaft“ in Barcelona.

Hiermit bestelle ich bei Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.

Roermonder Straße 4 a | 52072 Aachen
Tel. 02 41 - 15 72 14 | Fax 02 41 - 15 56 42

☐ *auf Rechnung (nur für Fördermitglieder und Mitgliedsvereine)*

☐ *per Bankeinzugsverfahren (Versand erst nach Eingang des Betrages aus dem Lastschrifteinzug) Preisangaben zzgl. Versand und Porto (nach Aufwand)*

Broschüren

Tierversuche – das Ende ist überfällig!
☐ *Stück à € 0,25, Edition 2016, 4-farbig*

Stadttauben
☐ *Stück à € 0,20, Edition 2015, 4-farbig*

Über Tierleichen zum Examen
☐ *Stück à € 0,10, Edition 2010, 4-farbig*

Von Jägern und Gejagten
☐ *Stück à € 0,20, akut 14, Edition 2008, 4-farbig*

Tiere im Zirkus – Der falsche Zauber
☐ *Stück à € 0,12, akut 17, Edition 2008, 4-farbig*

Flug- & Faltblätter

Bundestagswahl 2017: Die Tiere brauchen einen Wechsel
☐ *2-seitig, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50*

Tiere haben Rechte
☐ *2-seitig, 4-farbig, 100 Stück à € 4,90*

Schluss mit Tierversuchen
☐ *2-seitig, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50*

Willst du... studieren?
☐ *2-seitig, 100 Stück à € 3,50*

Thema: Tiermast *– „Putenmast“, 2-seitig, 100 Stück à € 3,50*

Stadttauben – Geburtenkontrolle für friedliche Nachbarschaft
☐ *2-seitig, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50*

Wendekarte „Ich weiß, was Ihr Pelz gekostet hat“
☐ *100 Stück à € 2,00, beidseitig 2-farbig schwarz/gold, 102 mm x 47mm, Recycling, 350g/qm*

Bücher | Filme | Karten

DVD „Der Zirkus kommt!“
☐ *Stück à € 5,90, 6 Min., AG Zoo & Zirkus: Die Wahrheit über das Leben der Tiere im Zirkus*

DVD „Hühnermast – Ein Blick hinter die Kulissen“
☐ *Stück à € 7,00, 6 Min., Aktuelle Filmaufnahmen aus deutschen Mastställen, die die tierquälerische Hühnermast belegen.*

DVD „Stadttaubenmanagement“
☐ *Stück à € 5,00, 22 Min., Film zur Umsetzung des Stadttaubenkonzeptes*

DVD „Ratgeber Praxis Stadttaubenmanagement“
☐ *Stück à € 7,50, 45 Min., einzeln anklickbare Kapitel zur prakt. Umsetzung des Stadttaubenkonzeptes*

Karten mit Tierfotos
☐ *10 Stück à € 2,50, Karten zum Verschicken, Wintermotive mit Tieren, gemischt abgepackt.*

Aufkleber

Aufkleber „Nein zu Tierversuchen“
☐ *Stück à € 0,50, 2-farbig, rot und schwarz, auf PE-Folie, selbsthaftend*

Aufkleber „Kinder können Tiere retten!“
☐ *Stück à €0,90, 4-farbig, stabile PE-Folie*

Briefaufkleber, versch. Motive
2-farbig, Papier selbstkl., 54mm x 32mm, Päckchen (Inhalt 36 Stück) à € 1,50

☐ ***„Tiere haben Rechte!“*** *(mit Foto)*

☐ ***„Zoo & Zirkus? Ohne uns!“*** *(mit Foto)*

☐ ***„Ein Mensch mit Herz trägt keinen Nerz“*** *(mit Foto)*

☐ ***„Tierversuche? Ohne uns!“*** *(mit Cartoon)*

☐ ***Alle 4 Motive****, gemischt abgepackt*

Aufkleber „Tiere haben Rechte“
Stück à € 0,50, 4-farbig, outdoor-geeignet

☐ ***Motiv „Affen“***

☐ ***Motiv „Katze“***

☐ ***Motiv „Schweine“***

☐ ***Motiv „Kühe“***

☐ ***Motiv „Tauben“***

Bundestagswahl 2017: Verteilen Sie das Flugblatt

Das Flugblatt ist dazu gedacht, es an Freunde, Arbeitskollegen, am Infotisch oder auf Wahlveranstaltungen zu verteilen.

Kleinere Mengen verschicken wir kostenlos gegen eine Spende für das Porto.

Tiere haben Rechte – wir fordern sie ein!

Trotz Tierschutzgesetz und Staatsziel Tierschutz leiden Millionen Tiere in Tierversuchen, in der industriellen Landwirtschaft und vielen anderen Bereichen. Um dieses millionenfache Leid zu beenden, setzen wir uns aktiv für den Ausstieg aus dem Tierversuch und der „Nutztier“-Haltung ein sowie gegen jeglichen Missbrauch von Tieren ein. Unser langfristiges Ziel: Unser Verhältnis zu den Tieren muss sich grundsätzlich ändern. Tiere haben ein Recht auf Leben, auf Freiheit und auf Unversehrtheit. Der Weg zur Anerkennung dieser Rechte ist beschwerlich – wir gehen ihn pragmatisch, schrittweise und konsequent. Unsere Stärke liegt dabei im Zusammenwirken von Fachwissen, Lobbyarbeit auf höchster politischer Ebene und Kooperation mit anderen Organisationen – national und international.

Unterstützen Sie uns bei unserem Kampf für die Tiere! Werden Sie Mitglied oder unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende! Danke!

Kostenlos: Unterschriftenlisten

Unsere Unterschriftenlisten für die Einführung der Tierschutz-Verbandsklage auf Bundesebene, für Tierrechte in die Lehrpläne und gegen Tierversuche für Haushaltsprodukte können Sie kostenlos in unserer Geschäftsstelle bestellen.

Absender

Name

Straße

PLZ/Ort

Vorwahl/Telefon Vorwahl/ Fax

Bankverbindung

IBAN

Geldinstitut

Kontoinhaber/in

Datum, Unterschrift

Ja

Bitte einsenden an:

Menschen für Tierrechte
Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.
Roermonder Straße 4a
52072 Aachen

Ich möchte die Arbeit der *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.* unterstützen und Fördermitglied werden. Ich erhalte regelmäßig das Magazin *tierrechte* sowie weitere aktuelle Informationen.

Mein Beitrag beträgt (wiederkehrende Zahlung, Entsprechendes bitte ankreuzen/Wunschbeitrag eintragen)

☐ 36,– Euro jährlich

☐ 50,– Euro jährlich

☐ 100,– Euro jährlich

☐ _____ Euro jährlich
(Beitrag frei wählbar, nicht unter 36,– Euro)

☐ _____ Euro monatlich
(Beitrag frei wählbar, nicht unter 5,– Euro)

. 2 0

Hier bitte den Monat für die gewünschte Erstbelastung Ihres Kontos angeben. Die Belastung erfolgt zum 15. des angegebenen Monats.

☐ Ich möchte den „Newsletter Tierrechte" per E-Mail zweimal monatlich und kostenfrei an nebenstehende Adresse erhalten.

Vor- und Nachname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon, Fax, E-Mail

Geburtsdatum Beruf

Datum, Unterschrift

Beiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

SEPA-Lastschrift-Mandat

Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.
Roermonder Straße 4a, 52072 Aachen
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE81ZZZ00000127618
Mandatsreferenz: (wird vom Verein vergeben)

Ich ermächtige *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.*, Beitragszahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.* auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vor- und Nachname Kontoinhaber

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

IBAN (22 Stellen)

BIC (8 oder 11 Stellen)

Ort, Datum, Unterschrift Kontoinhaber

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
Bundesverb. der Tierversuchsgegner e.V.

IBAN
DE02 3905 0000 0016 0079 73

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
AACSDE33

Menschen für Tierrechte
Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.

Bei Beträgen bis 200,00 Euro gilt der abgestempelte Beleg als Spendenquittung.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen)

ggf. Stichwort

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN DE Prüfzahl Bankleitzahl des Kontoinhabers Kontonummer (rechtsbündig u. ggf. mit Nullen auffüllen)

06

SPENDE

Datum

Unterschrift(en)

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Zahlungsempfänger
Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.
Geschäftsstelle Roermonder Str. 4a
52072 Aachen

IBAN
DE02 3905 0000 0016 0079 73

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters
AACSDE33

Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders

Kontoinhaber/Zahler: Name

IBAN

(Quittung des Kreditinstitutes bei Bareinzahlung)

Kontakt

Geschäftsstelle

Menschen für Tierrechte –
Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.
Roermonder Straße 4 a, 52072 Aachen

Tel. 0241 - 15 72 14
Fax 0241 - 15 56 42
info@tierrechte.de
www.tierrechte.de

Geschäftsstellenzeit:
Mo bis Fr: 9 bis 12 Uhr
Romy Liessem
liessem@tierrechte.de

Spenden bitte an:

Bundesverband der
Tierversuchsgegner e.V.
Sparkasse Aachen
IBAN: DE02 3905 0000 0016 007973
BIC: AACSDE33

Pressestelle

Christina Ledermann (M.A.)
Tel. 0211 - 16 34 54 29
Mobil 0179 - 450 46 80
presse@tierrechte.de

Projekt InVitroJobs

Dr. rer. nat. Christiane Hohensee
(M. Sc.Toxikologie)
Tel. 030 - 53 02 63 77
info@invitrojobs.de

Stadttauben

Alexandra Weyrather,
Biologin (M.Sc.)
Tel. 06426 - 83 39 245
stadttauben@tierrechte.de

Tierversuche

Dr. med. vet.
Christiane Baumgartl-Simons
Tel. 06751 - 95 03 91
Fax 06751 - 95 03 92
baumgartl@tierrechte.de

Projekt SATIS – für eine humane Ausbildung ohne Tierverbrauch

Dr. rer. nat. Christiane Hohensee
(M. Sc.Toxikologie)
Tel. 030 - 53 02 63 77
satis@tierrechte.de

Öffentlichkeitsarbeit

Christina Ledermann (M.A.)
Tel. 0211 - 16 34 54 29
Mobil 0179 - 450 46 80
ledermann@tierrechte.de

Spendenbestätigung:

Dieser Zahlungsbeleg gilt bis Euro 200,00 als Spendenbescheinigung zur Vorlage beim Finanzamt.

Der Empfänger ist gemäß Freistellungsbescheid des Finanzamtes Aachen vom 21.06.2017, Steuer-Nummer 201/5913/3624, als gemeinnützigen Zwecken dienend anerkannt und nach §5 Absatz 1 Ziffer 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit.